

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1.10 Mark pro Monat
Einzelnhefte: 30 Pf. monatlich

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
den Raum 40 Pf. für politische

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Juli 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Volkwerk der Reaktion.

Seit dem 16. Juni geht in unserer Reaktionspresse das Loben
wider das Reichstags-Wahlrecht mit erneuter Heftigkeit los
und Staatsweise aller Art strengen ihren Verstand an, das beste Mittel

Und was kein Verstand der Verständigen sieht,
Das übet in Emselt ein kindlich Gemüt.
Unter einem Gesichtspunkte muß man es indes doch bedauern,
daß dieser große Gedanke nur eine fromme Utopie ist.

So billig soll das arbeitende Volk in Preußen es
aber nicht haben. Will es dem unwürdigen Zustand, daß seine
Partei, für die hier am 16. Juni mehr als 1 600 000 erwachsene
männliche Staatsbürger gestimmt haben, im preussischen Land-

Es wird kein leichter Kampf werden, dieser Kampf wider
das preussische Dreiklassen-Wahlrecht. Soviel Aufopferung auch in
dem Reichstags-Wahlkampf entfaltet worden ist, den die Social-

Das verhältnismäßige Stillleben, das die Landtage heute im
Begriff sind zum Reichstag führen, entzieht ihr Leben und lassen für
gewöhnlich dem Auge der großen Masse. Und doch sind die Beschlüsse
des Landtages von nicht minderer Bedeutung für das Wohl und Wehe

Der preussische Landtag ist gesetzgebender Körper und
durch das ihm zustehende Budgetrecht, das Recht, alle Ausgaben des
Staates zu kontrollieren und keine ohne seine Zustimmung gemachte
Ausgabe zuzulassen, in hohem Grade eine Verwaltungs-

In dieser Hinsicht ist vor allem daran zu erinnern, daß das
Eisenbahnwesen zu neun Zehnteln heute Staatsangelegen-

Dem Landtag untersteht ferner die Verwaltung der Staats-
bergwerke mit ihren vielen Tausenden von Arbeitern und die Auf-

Das Wohl der Lehrerschaft, der Geist, in dem die Schule ge-

als Klassenjustiz die Empörung des demokratischen Rechtsgefühls
herausfordern. Der Landtag ist die höchste Instanz für die Landes-
politik und ihre Organe. Er ist der Ort, wo alle Uebergriffe und
Parteilichkeiten der Polizei gebrandmarkt werden können, wo auf

Der Landtag ist ferner Gesetzgeber hinsichtlich der Provinzial-,
Kreis- und Gemeindevverwaltung. Er hat die Wahlsysteme geschaffen,
auf Grund deren diese Körperschaften gewählt werden, kraft deren sie
heute meist Klassenvertretungen schlimmster Art sind. Er bestimmt
ihre Vollmachten, d. h. setzt der kommunalen Selbstverwaltung

Das hier summarisch Vorgeführte ist ein Teil von dem, aber
bei weitem noch nicht alles, was dem Landtage ganz oder teilweise
untersteht.

Es ist ein Skandal sondergleichen, daß aus einer Körperschaft
mit so wichtigen Vollmachten die zu sozialer Reife entwickelte Ar-

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Juli.

Ausnahmerecht gegen die Socialdemokratie.

Ausnahmerechte, durch die man einst die Socialdemokratie aus-
zuzulassen gedachte, bestehen formell nicht mehr. Dafür versteht es die
heutige Justiz vielfach das gleiche Recht, das allen Staatsbürgern
zukommen soll, gegenüber Socialdemokraten in ein Ausnah-

Nebensächlich ist die Frage, ob die Behauptung der Verantwort-
lichkeit in der Stadtverordneten-Sitzung Wahres oder Unwahres enthielt;
das Gericht sah die Behauptung als nicht erwießen an und berück-

Das Maß der persönlichen Ehrenhaftigkeit der
Angeschlagenen ist jedoch im vorliegenden Falle ebenso unerheb-

sie nicht selbst der socialdemokratischen Partei angehört, mit nur
ganz vereinzelten Ausnahmen, wie auch speciell in den Kreisen
der Polizeibeamten selbst und ihrer Vorgesetzten und denjenigen
Kreisen, mit denen sie beruflich und gesellschaftlich in Verbindung

Die Auffassung, welche die Strafkammer in Halle von den Auf-
gaben der Polizei hat, ist die Auffassung des alten Polizeistaates,
nicht eines Staates, der ein Rechtsstaat sein will. Die Polizei hat,
gleich der Justiz, die Aufgabe, die bestehenden Gesetze gegen

Das Urteil ist ein Urteil zur Bekämpfung der Socialdemokratie,
ein Urteil, das die Angehörigen der Socialdemokratie andren und
minderen Rechtes erklärt als die Angehörigen anderer Parteien. Was

Die Wirkung des Halle'schen Urteils ist die Aufhebung der
Rechtsgleichheit. Es ist nicht ein subjektives Verschulden, das die
Richter begehen, denn, wäre es dies, so gehörten sie selbst wegen

Dertels Schutengel.

Herr Dr. Dertel hat einen Schutengel gefunden, der ihn milde
getroffen über das Wahlbild und ihn zur Freude gegen die ab-

Die „Germania“ behauptet während zu sein ob des Wahlbildes,
das wir gestern aus dem Freiburger Kreise veröffentlichten. Sie

„Zunächst wird in diesem „Wahlbild“ zugegeben, daß gerade
in dem bisherigen Dertelschen Wahlkreise Freiberg eine unge-

Es soll der Ansicht erweckt werden, als habe der „Vorwärts“
selbst „zugegeben“, es sei „gehässig“ agitiert worden. Die „Germania“

Und dieser Verheugung der Wohlthätigen bis in die Reihen
der Schulkinder und selbst der Schulmädchen hinein, dieser An-

Thatsächlich hat sich der „Vorwärts“ weder gerührt noch gefreut,
sondern das Wahlbild hat erzählt, was vorgekommen ist. Unfre

Weiter aber wütet der liebliche Schutengel „Germania“:
„Wenn die Socialdemokratie es darauf abgesehen hat, die
ruhigen Reichstagswähler durch eine jahrelange gehässige Wahl-

Selbst in der gespielten Wut bekundet das Centrumsblatt
Neigung zur Einschränkung der Wahlfreiheit. Was mag es fordern,

Es ist größte Fälschung, daß die Socialdemokratie ihre
Anhänger zu Gehversammlungen zusammengerufen habe, die den
gegnerischen Abgeordneten mit Schimpfworten selbst auf offener Straße

größte Erregung und außerordentliche Verhältnisse hervorrufen.

Nur die vielbewährte Centrums-Scheinheiligkeit vermag das Freiburger Wahlbild so unzufrieden und so auszumengen, wie es in der „Germania“ verurteilt wird. Die „Germania“ unterschlägt durchaus alles, was im Freiburger Kreise von thätigen Verewaltungen seitens der konservativen Parteien gegen Socialdemokraten nicht nur, sondern auch gegen Nationalliberale begangen worden ist.

Die „Germania“ ist auch sehr unvorsichtig. Wenn es ihr gefallt, sind wir gern bereit, ihr zu den schon mitgeteilten mit einigen weiteren Wahlbildern aus Centruumskreisen aufzuwarten. In Centruumskreisen ist es nicht eine weniger verantwortungsvolle Menge, die in lebhaften Worten ihren Empfindungen Lauf läßt, da sind es Parteimitglieder und Parteiführer, die zum Schlußwort die brutale That sügen. Weich die „Germania“ noch nichts davon, daß z. B. im Wahlkreise Duren-Jülich der Vertrauensmann der Socialdemokratie mit Kot dem Gesicht entging, von fanatizierten Centruumseuten in den Leib geworfen und ertränkt zu werden? Es ist freilich an der Zeit, die Wahlagitiation des Centruums einer ersten Prüfung zu unterziehen!

Vom Landtags-Wahlreglement.

Der „Vorwärts“ hat bereits darauf hingewiesen, daß die Änderung des Wahlreglements als ein erster Erfolg der Socialdemokratie zu betrachten ist. Freilich konnte, was wir seit länger als Jahresfrist betonen haben, lange bevor der vorige preussische Landtag zu seiner letzten Session zusammentrat, eine völlige Beseitigung der Schwierigkeiten nur auf dem Wege der Gesetzgebung, nicht des Reglementarischen erfolgen. In der That ist auch auf Grund des neuen Reglements die gefahrlose Durchführung der Wahl z. V. in allen solchen Wahlorten völlig ausgeschlossen, wo kein Raum existiert, der sämtliche Wahlmänner gleichzeitig faßt.

Das neue Reglement ist aber sehr wenig durchdacht und führt zu allerlei kuriosen Zuständen. Der § 27 bestimmt nicht nur, daß jeder Wahlmann in solchen Wahlkreisen, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind, gleich soviel Namen zu nennen hat, wie Abgeordnete zu wählen sind, sondern legt gleichzeitig die Reihenfolge der Namensnennung eine weitgehende Bedeutung bei. Im § 27 heißt es: „Sind mehrere Abgeordnete zu wählen, so hat jeder Wahlmann soviel Namen zu nennen, wie er an erster, zweiter oder dritter Stelle zum Abgeordneten wählt.“ Und weiter im § 28: „Gewählt ist, wer die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der für das betreffende Abgeordnetennamensat abgegebenen gültigen Stimmen) erhalten hat. Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so findet zwischen denjenigen, die die Kandidaturen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt.“

Sie wollen statt jeder Schritt an einem traffen, aber sehr leicht möglichen Fall zeigen, daß nach dieser Vorschrift das Gegenteil des bei der Wahl beabsichtigten Resultats herauskommen kann, wenn die Wahlmänner außer den Namen der Kandidaten nicht auch die Reihenfolge gut auswendig gelernt haben oder aus sonstigen Gründen die Reihenfolge der Namensnennung abändern. Wir fassen als Beispiel einen Wahlkreis der Provinz Posen ins Auge, in dem die drei bisherigen Abgeordneten nur dadurch gewählt werden konnten, daß die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen gegen die Polen gemeinsame Sache machten, indem jede der drei Parteien ein Mandat erhielt. Nehmen wir an, daß dieses Mal von 100 Wahlmännern 22 konservativ (k.), 18 nationalliberal (n.), 11 freisinnig (f.) wären, während die Polen in zwei Richtungen zerfielen, eine demokratische Richtung (dp.) mit 25 Wahlmännern, eine aristokratische (ap.) mit 24 Wahlmännern. Verleihe die Wahl genau so, wie es die Verfasser des neuen Reglements gedacht, so ergäbe das gleiche Wahlbündnis wie 1898 folgendes Resultat:

Für das Mandat:	I	II	III
Geben Stimmen ab:			
die Konservativen	51 k.	51 n.	51 f.
die Nationalliberalen			
die Freisinnigen			
die demokratischen Polen			
die aristokratischen Polen	25 dp.	25 dp.	25 dp.
	24 ap.	24 ap.	24 ap.
Summa	100	100	100
Absolute Majorität	51	51	51
Gewählt	1 k.	1 n.	1 f.

Nehmen wir aber einmal an: die Konservativen stimmten in der Reihenfolge I k. II n. III f. die Nationalliberalen I n. II f. III k. die Freisinnigen I f. II k. III n. so ergiebt sich folgendes Resultat:

Für das Mandat:	I	II	III
Geben Stimmen ab:			
die Konservativen	22 k.	22 n.	22 f.
die Nationalliberalen	18 n.	18 f.	18 k.
die Freisinnigen	11 f.	11 k.	11 n.
die demokratischen Polen	25 dp.	25 dp.	25 dp.
die aristokratischen Polen	24 ap.	24 ap.	24 ap.
Summa	100	100	100

Die absolute Majorität 51 ist nirgends erreicht; es findet also für alle drei Mandate Stichwahl statt und zwar für alle drei Mandate zwischen den beiden Polen, die vereinigte konservativ, nationalliberal und freisinnigen sind trotz ihrer absoluten Majorität vollständig ausgefallen! Nehmen wir selbst an, daß dieser außerordentlich lössige Fall sich nirgends voll verwirklicht, so lehrt das Beispiel doch, wie viel Ueberraschungen die neue Vorschrift bringen kann, namentlich auch, wie viel unnütze Stichwahlen dadurch herbeigeführt werden können; dazu genügt, wie ein Blick auf die zweite Tabelle lehrt, unter Umständen schon ein Irrtum weniger Wahlmänner bei der Reihenfolge der Namensnennung.

Es hätte für das Staatsministerium außerordentlich nahe gelegen, einfach das Verfahren für die Urwahlen (Reglement §§ 15, 16, 17), bei denen ja in den meisten Bezirken zwei Wahlmänner zu wählen sind, auf die Abgeordnetenwahl zu übertragen. Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage an das hohe Staatsministerium, weshalb es geglaubt hat, hier eine neue Form finden zu müssen. Wir können unmöglich annehmen, daß es nur aus dem Grunde geschieht, um vor aller Welt zu beweisen, wie unfähig die Herrn Regierungsbeamten sind, die Konsequenzen ihrer Vorschriften zu durchdenken.

Militärische Bekleidungsreglement.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt eine Betrachtung über die Gründe des Rücktritts des Kriegsministers v. Sölder. Für diese Gründe vollkommen bekannt und man braucht nicht nach neuen zu suchen; Herr v. Sölder gilt nicht als geeignet genug, um die bevorstehenden Heeresforderungen vor dem Reichstage zu vertreten. Es ist darum nichts als ironischer Scherz, wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sagt, der Schlüssel zu der Frage des Sölderschen Rücktritts sei zu finden, wenn man die Bekleidungsreglement des preussischen Heeres durchmisst und zusammenstellt, was in der Equipierung von Offizieren und Mannschaften unter Sölders Leitung alles verändert und neu geschaffen worden ist; kann ein Stück der militärischen Ausrüstung habe nicht in dieser Zeit eine neue Verordnung erfahren und es sei

eine in militärischen Kreisen übliche Phrase, „daß wenn Kaiser Wilhelm I. aus dem Grabe emporstiege, er den preussischen Soldaten in seiner heutigen Ausstattung nicht mehr wiedererkennen würde“.

Natürlich war Herr v. Sölder nicht der leitende Mann bei all den Veränderungen im Militär-Bekleidungswesen und er dankt diesen kostspieligen Veränderungen nicht den jügend Rücktritt, sondern umgekehrt die lange Dauer seiner Kriegsmiisterenschaft. Es ist genugsam bekannt, daß jene Verordnungen unmittelbar aus dem Militärkabinet des Kaisers kommen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die ja in einiger Hinsicht der Kritik des Mobekures treibt, plaudert weiterhin ganz amüsiert über diese Dinge und erzählt einiges, was noch nicht allgemein bekannt war. Wichtig ist, sagt das Blatt, daß unter seiner Verwaltung in diesen Dingen mehr Verwands gemacht worden sind als unter der des letzten Kriegsministers. Die Farbe der Mäntel, die Form der Litoreen, die erst kürzlich wieder die Farbe wechselten und statt einer zwei Reihen Knöpfe erhielten, die Stidereien am Aragen, die Zulässigkeit der Aragenöffnung, je nach dem Rang der Offiziere, die Form der Sporen, der Befeh der Mägen; kaum eine Woche verging, wo nicht das Heer von einer neuen Reglementierung überrastet wurde. Diese unaussprechlichen Veränderungen kosteten natürlich sehr viel Geld. Die Bekleidung der Offiziere ist in den letzten Jahren außerordentlich viel kostspieliger geworden, und während besonders der jüngeren Herren dringend Sparmaßregeln angetragen wird, bereiten ihnen z. V. allein die jetzt vorgeschriebenen hohen und eleganten Stiefeln eine Jahresverbraucher von Hunderten von Mark. Von den Medaillen und Abzeichen, die als besondere Auszeichnungen im letzten Jahrzehnt geschaffen worden sind, soll nicht weiter gesprochen werden. Ein Witzblatt brachte vor einiger Zeit das Bild eines Musketers, auf dessen Uniform alle diese modernen Erfindungen angebracht waren. Es blieb kaum ein Centimeter seines Rockes, des Kragens, der Kermel unbedeckt. Diese Dinge werden auch von loyalen Männern des Heeres mit wachsendem Unwillen kritisiert. Dem stärksten Widerstand begegnete die plötzliche und ganz unerwartete Einführung eines neuen Griffes — das „angezogene Gewehr“ — im vorigen Jahre. Es besteht nur eine Stimme, daß diese Neuerungen nicht nur vollständig überflüssig, sondern direkt schädlich war. Sie erfolgte in Erinnerung an die Schlacht von Leuthen, aber der Griff selbst soll aus Amerika geholt sein, wo ihn Prinz Steinrich bei der Parade von Milizen beobachtet hatte und wofür er in der fredericianischen Zeit von deutschen Soldaten importiert wurde. Dort aber wird er mit Randalancen geißt und ausgeführt, die bei der herrschenden losen Disziplin natürlich ist. Im deutschen Heere muß er, wie alles, bis zur Vollendung vervollkommen werden, und da er höchst unbequem und im Marsche schwierig ist, nimmt seine präzise Erklärung unverhältnismäßige Zeit in Anspruch. Nun war gerade die diesem Griff entsprechende Ehrenverweilung mit „angezogenem“ Gewehr seit Anfang der neunziger Jahre abgeschafft worden, und niemand vermochte das Bedürfnis zu begründen, jetzt dafür einen Ertrag zu schaffen. Außerdem aber sagte man sich in dem Zeile der Öffentlichkeit, der selbst die zweijährige Dienstzeit für zu lang erachtet, daß die Ausbildung des Infanteristen doch nicht so zeitigend sein könne, wenn man sie ohne erkennbaren Grund mit derartigen Keuherlichkeiten von neuem belaste. Eine Zeilang hat die Ablicht bestanden, dieses Kobum in der ganzen Armee einzuführen. Glücklichweise ist zunächst nur die Garde-Infanterie damit beschenkt worden, aber es dürfte kaum einen Dientenan in der ganzen Armee geben, der über diesen neuen, thatächlich höchst unpraktischen Griff nicht seine Glossen gemacht hätte.

Eine freisinnige Heldenthat. Aus Sachsen wird uns geschrieben: Die Freisinnigen im ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreise (Zittau zc.) hatten schon vor Beginn der Wahlagitiation beschlossen, den socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten des Kreises, Edmund Fischer, in ihren Versammlungen nicht reden zu lassen. In der Öffentlichkeit begründeten sie ihren Beschluß damit, Fischer habe die Freisinnigen in ungebührlicher Weise belächelt. Daß dies lediglich eine Ausrede war, bedarf kaum einer Verweisung. Das Wahlkomitee der Freisinnigen hatte sich auch an das Wahlkomitee der Nationalliberalen gewandt, in gleicher Weise gegen Fischer vorzugehen. Die Nationalliberalen haben das abgelehnt mit der Erklärung, sie hätten keine Ursache, gegen Fischer die Klage des verletzten Anstandes zu erheben, wenn sie aber jeden Gegner aus ihren Versammlungen ausschließen wollten, der den Anstand verleihe, so hätten sie nie — einem freisinnigen Redner das Wort geben dürfen. Etwas andres konnten die Freisinnigen ja auch nicht anführen, als einige Strafausdrücke, die Fischer in dem von ihm herausgegebenen „Armen Teufel“ gegen den Inhalt einer Broschüre gedraucht, die von dem Landesverein der Freisinnigen Vorkampfteil in Sachsen zur Agitation herausgegeben wurde und die allerlei Verleumdungen über die Socialdemokratie enthielt.

Aus Wut über ihre schmähliche Niederlage bei der Wahl haben nun die Freisinnigen ihrem Vorgehen gegen Fischer die Krone aufgesetzt: Der „Geschäftsführer“ des Landesvereins der Freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen, der dies Pamphlet verfaßt hat, hat nun Beleidigungsklage gegen Fischer eingereicht. Um das richtig würdigen zu können, muß man den Inhalt der Broschüre kennen. Neben andern heißt es in dieser offiziellen Parteischrift der Freisinnigen Volkspartei auf Seite 12 wörtlich: „Eigentum ist Diebstahl“, lautet der Hauptlehrsatz der Anhänger von Karl Marx und Engels“. An anderer Stelle wird gesagt, die Socialdemokraten kennen „nur Rechte des Arbeiters und Pflichten des Arbeitgebers, aber nie Rechte des Arbeitgebers und Pflichten des Arbeiters“, und die Socialdemokraten erklärten das in ehrlicher Arbeit erworbene Kapital ebenso für „Diebstahl“, wie das unehrlich erworbene. Ferner wird gesagt, nach dem socialdemokratischen Programm solle die Familie beseitigt werden, Mann und Frau sollten nur noch eine Schlafstelle haben usw. Fischer hatte die Broschüre, die im Zittauer Wahlkreise verbreitet wurde, in einem Zeitungartikel — im Januar d. J. — erwähnt und den Inhalt „geradezu blödsinnig dumm“, „niedere Verlogenheit“ und „hirnerweichende Dummheit“ genannt. Außerdem sprach er von einem „freisinnigen Liegenpeter“ und „freisinnigen Subelstrien“. In diesen Ausdrücken fühlte sich der Verfasser der Broschüre — dessen Namen Fischer nicht erwähnte — „beleidigt“. In allen Wahlversammlungen, die der mutige Freisinnmann in der Lausitz abhielt, hatte er bereits angekündigt, er werde dafür sorgen, daß Fischer auf ein paar Monate ins Gefängnis komme. Dieses freisinnige Endziel wird ja nun so leicht noch nicht erreicht werden, da auch ein sächsisches Gericht den Geschäftsführer der Freisinnigen Volkspartei nicht als eine Majestät betiteln dürfte. Aber das Geldstück, das sich der Landesverein der Freisinnigen Volkspartei in Sachsen aus Wut über seine Niederlage hiermit leistet, zeigt, aus welchem Stoffe die „Führer“ des sächsischen Reiches der Freisinnigen beschaffen sind.

Politik in Kriegervereinen. Aus Thüringen wird uns berichtet: Der Kriegerverein in Mertendorf bei Raumburg schloß eine Anzahl Mitglieder aus, von denen nachgewiesen sein soll, daß sie für den Genossen Ziele gestimmt haben und auch der socialdemokratischen Partei angehören. Woher weiß der Vorstand für wen die Mitglieder gestimmt haben? — Im Coburger Land, wo die Kriegervereine, aller Berechnung nach für den Socialdemokraten Krüger gestimmt haben müssen, taufte der Volkswohl einigte dieser Vereine Krüger vereine. — Einen Reinigungsprozess sollen die Kriegervereine des Jiegenrückers Kreises vornehmen, so nämlich ein Herr v. Breitenbach, seines Zeichens Landrat dieses Kreises, auf dem Kreis-Kriegerversammlung in Lieblich am vergangenen Sonntag. Vielleicht fällt die Reinigung so gründlich aus, daß von den ganzen „unpolitischen“ Kriegervereinen nichts mehr übrig bleibt. — Im Schleusinger Kreise suchte man die Mitglieder darüber zu erschrecken, daß man ihnen sagte: Wenn Ihr socialdemokratisch wählt, nimmt man Euch die Fahne weg, und die Vereine, die

keine Fahne haben, dürfen nicht an der Kaiserparade teilnehmen. Wie aus dem Stimmenverhältnis zu ersehen ist, haben die Kriegervereine, soweit sie Arbeiter, auf die Fahne und die Parade gepiffen, sie haben ihrem Arbeitervertreter ihre Stimme gegeben. Wenn die „große Reinigung“, um die sich auch im Schleusinger Kreis ein Baron bemüht, erst losgeht, dann ade! ihr vielumwordenen Kriegervereine.

Aus Trier wird uns geschrieben: Die Trierische Landeszeitung“ berichtet über die Generalversammlung des hiesigen Veteranen- und Kriegervereins. In der Versammlung ist auch der Oberbürgermeister der Stadt, Regierungsrat de Rhs., als Redner aufgetreten. Im Anschluß an Ausführungen des Vereinsvorsitzenden sagte der Oberbürgermeister nach dem Bericht des genannten Blattes: „Man habe sich von politischen Dingen ferngehalten, aber wenn man das angreife, was die Wurzel des Vereins ist, so sei man doch verpflichtet, mit Energie einzugreifen. Die vor kurzem stattgefunden Reichstagswahl habe doch gezeigt, daß viele im geheimen arbeiten und nicht ruhen. Die Socialdemokraten greifen Leute an, die im Kriegerverein sind, und wenn einer davon etwas leichtsinig ist, dann sei er bald umgeworfen. Wenn ein solches Element aufträte, dann möge doch jedes Mitglied suchen, sich möglichst davon fern zu halten und ihm kein Gehör schenken. Sollte aber ein Mitglied merken, daß ein andres Mitglied den Socialdemokraten Gehör schenke, dann solle er das dem Vorstände sofort mitteilen, damit der Verein von diesen Leuten gereinigt werde.“ Das kann eine nette Schnüffelerei werden. Nicht einmal „Gehör schenken“ dürfen die Kriegervereine den bösen Socialdemokraten. Schade, daß man die Draben nicht lasernieren und von aller Politik absperrten kann!

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Die Obstruktion der ungarischen Unabhängigkeitspartei gegen das Kabinett Khuen-Hedervary hat zum Austritt einiger der hervorragendsten bisherigen Mitglieder aus dieser Partei geführt. In einer am Mittwochabend abgehaltenen Sitzung erklärte Franz Kossuth, daß er das Präsidium der Partei niederlege; ebenso erklärten die Vicepräsidenten Julius Justh und Bela Komjathi ihren Rücktritt. Gleichzeitig erklärten sie ihren Verzicht auf die Stellen im Ausschusse, die sie als Mitglieder der Unabhängigkeitspartei innehaben; sie würden denselben dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitteilen. Kossuth begründete seinen Rücktritt von der Leitung der Partei damit, daß eine Anzahl Mitglieder der Partei den einseitigen Beschluß betreffend Einsetzung der Obstruktion nicht beachteteten. Die Fortsetzung der Obstruktion werde damit motiviert, daß auf diesem Wege nationale Ertrungenschaften in der Heeresfrage durchgeführt werden könnten. Es sei sein heißester Wunsch, daß die nationalen Wünsche in der Armeefrage in Erfüllung gehen, doch glaube er nicht, daß dieser Weg zum Ziele führe, ja er müsse diesen für höchst bedenklich erklären und voller Gefahren.

England.

Der englische Außenhandel in den letzten sechs Monaten. London, 13. Juli. (Fig. Per.) Angesichts der neuen zollpolitischen Pläne Mr. Chamberlains wird die jetzt vorliegende Handelsstatistik der ersten Hälfte des laufenden Jahres viel untersucht und kommentiert. Sie wird vielfach als ein Verweis auf Gunsten des Freihandels betrachtet, indem darauf hingewiesen wird, daß die Ausfuhr sich günstig gestaltet.

Der Außenhandel des Vereinigten Königreichs zeigte während der Berichtsperiode folgende Bewegungen:

Einfuhr: 200 529 889 Pfd. Sterl.

Ausfuhr: 178 570 403

Die Einfuhrziffer repräsentiert Koff, Versicherung und Fracht; die Ausfuhrziffer nur Koff und Fracht bis zur Versicherung.

Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres zeigt die Einfuhr eine Abnahme von 2 210 199 Pfd. Sterl.; die Ausfuhr eine Zunahme von 7 147 031 Pfd. Sterl.

In Gruppen geteilt, stellen sich diese Ziffern wie folgt:

- 1. Nahrungsmittel und Tabak: Einfuhr: 105 290 534 Pfd. Sterl. Ausfuhr: 6 788 833
- 2. Rohstoffe für Industrie: Einfuhr: 86 331 441 „ „ Ausfuhr: 17 453 763
- 3. Halb- und Ganzfabrikate: Einfuhr: 67 727 867 „ „ Ausfuhr: 116 364 792
- 4. Wiederausfuhr fremder und kolonialer Einfuhr: 36 047 968

Die Abnahme der Einfuhr gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres entfällt vornehmlich auf Kornstoffe und darf ohne Zweifel dem bis jetzt bestandenen Kornzoll zugeschrieben werden. Und es ist interessant zu bemerken, daß Kanada das einzige Land ist, das eine Zunahme aufweist.

Die Zunahme der Ausfuhr verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Industriewaren; jedoch ist sie besonders bedeutend in der Eisen- und Stahlindustrie, wo die Zunahme 2 239 282 Pfund Sterling beträgt. Diese Mehrerausfuhr ging hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten und nach den britischen Kolonien. Es wird allgemein hervorgehoben, daß auf den amerikanischen Markt nicht zu rechnen ist, da die Vereinigten Staaten bald im Stande sein würden, ihren Konsum an Eisen aus heimischen Quellen zu decken.

Dagegen zeigt die Ausfuhr von Baumwollwaren, der Stapelindustrie Englands, nur eine Zunahme von 0,8 Proz., die Einfuhr aber eine Zunahme von 35,4 Proz. Ebenso zeigt die Einfuhr von Kleidern eine Zunahme von 503,9 Proz., die Ausfuhr aber eine Zunahme von nur 13,7 Proz.

Die Hauptausfuhr Englands besteht in Baumwollwaren, Eisen und Stahl und Kohle. In der Berichtsperiode stellten sich diese Ausfuhrziffern:

Baumwollwaren 36 520 665 Pfd. Sterl.

Eisen und Stahl 15 500 333

Kohle 13 245 348

Vier Fünftel der englischen Rohstoff-Ausfuhr bestehen in Kohle.

Rußland.

Die russische Polizei gegen die revolutionäre Propaganda. Die Polizei von Charlow hat, wie dem „People“ aus Petersburg berichtet wird, eine strenge Ordre erlassen, wonach es den Einwohnern verboten ist, Feuerwaffen, Stodbege, Schlagringe und ähnliche Waffen zu tragen. Die Waffenhändler sind angewiesen, nur solchen Leuten Waffen zu verkaufen, die im Besitz eines polizeilichen Erlaubniszeichens sich befinden. Den Fabrikbesitzern ist aufgegeben worden, über ihre Arbeiter zu wachen, daß dieselben keine Waffen bei sich haben, keine verbotenen Schriften lesen und daß in den Werkstätten keine revolutionäre Propaganda getrieben wird. Für die geringsten Verstoße gegen die öffentliche Sicherheit sind Strafen bis zu 500 Rubel bzw. 3 Monaten Gefängnis vorgesehen. — Die Regierung des Jaren scheint nie begreifen zu wollen, daß man revolutionäre Bewegungen nicht mit dem Polizeimüffel totschlaglen kann.

Asien.

Zur Wandschurenfrage. Das „Neuerische Bureau“ fährt fort, über russische Kriegsvorbereitungen in Ostasien zu berichten. Es weiß aus Port Arthur vom 14. d. M. über Tschifu zu melden, daß die Beratung russischer Diplomaten vorgestern beendet worden und der letzte Sonberzug mit Teilnehmern an der Beratung gestern nach Moskau abgegangen sei. Es wurde angegeben, daß die Möglichkeit eines Krieges erörtert worden sei, doch werde erklärt, daß dies nicht der Gegenstand der Beratung gewesen. Es zeige sich deutlich, daß seit der Ankunft des Kriegsministers Kuropatkin Rußlands Kriegsmäßige Vorbereitungen in Wachsfen seien und die Ablicht bestche, mehr Truppen in die Wandschuren zu bringen. Unternehmern in Port Arthur hätten in der vorigen Woche Aufträge erhalten zur sofortigen Beschaffung von Baumaterialien zur Er-

richtung von Paraden für 20 000 Mann, die aus Charbin abgehen sollen. Beamte, die an der Beratung teilgenommen haben, hätten erklärt, der Widerstand Russlands gegen die Deffnung der mandchurischen Plätze für den fremden Handel habe nicht seinen Grund in der Gegnerschaft gegen die Anwesenheit von Fremden, sondern darin, daß fremde Konsuln in Städten, die thatsächlich unter russischer Kontrolle stehen, bei der chinesischen Regierung begünstigt werden und die Kaufleute, die sie vertreten, außerterritoriale Rechte genießen sollen. Ein solcher Zustand würde sicherlich große Reibungen zur Folge haben, wie es in Rußland der Fall gewesen sei.

Dagegen wird aus Washington telegraphiert, daß auf eine baldige friedliche Lösung der Mandchureifrage zu rechnen sei. Es habe dort vorgestern eine Besprechung über die Mandchurei-Angelegenheit zwischen dem Staatssekretär Hay und dem russischen Geschäftsträger Danzen stattgefunden, welche einen durchaus befriedigenden Verlauf nahm. Dem japanischen Minister, der im Auswärtigen Amt vorkam und sich über die Besprechung erkundigte, sei erklärt worden, Hans Politik in der Mandchurei-Angelegenheit sei lediglich darauf gerichtet, dort offene Häfen für die ganze Welt zu erlangen.

Partei-Nachrichten.

Dem Jahresbericht der Thüringer Agitationskommission, der in diesem Jahre zum erstenmal den beteiligten Kreisen gedruckt vorgelegt wurde, entnehmen wir folgende Einzelheiten: An Versammlungen wurden in den neun Monaten, die der Bericht umfaßt, 80 abgehalten, dazu kommen noch 6 Versammlungen am 1. Mai. In dem größten Teil dieser Versammlungen war der Genosse K a l i s t i - Berlin, der der Thüringer Agitationskommission zur Verfügung gestellt war, Referent. Außerdem standen der Agitationskommission eine Anzahl Thüringer Genossen als Redner zur Verfügung. Konferenzen wurden 3 abgehalten, darunter die Konferenz für die preussischen Landtagswahlen. An Wahlschuß erhielten 9 Kreise 14 200 M. Ein von der Kommission herausgegebenes Flugblatt „Reichstags-Wähler“ erschien in einer Auflage von 105 000 und leitete den Wahlkampf ein. Der Kalender für 1903 erschien in 11 Kreisen in einer Auflage von 84 500. Ob die Agitationskommission, die seit 1891 besteht, fernerhin bestehen bleibt, unterliegt dem Beschluß des am 2. August in Weimar tagenden Thüringer Parteitag. Die einzelnen Kreise machten sich mit der Zeit selbstständig und glauben die Oberleitung entbehren zu können. Der sozialdemokratische Verein Erfurt beantragt die Auflösung der Agitationskommission in ihrer jetzigen Form. Bis her gehörten derselben 11 Kreise an und verließen nach dem Austritt von 7 am 1. Juli nur noch 4 Kreise. Aus obigen Gründen wurden auch die Vorarbeiten für den Kalender 1904 nicht in Angriff genommen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 2131 M. 17 Pf. auf, darunter an Beiträgen aus den einzelnen Kreisen 666,80 M. Die Ausgabe beträgt 1498,71 M., darunter für Agitation und Versammlungen 884,70 M., für Kalender und Flugblätter 1007,37 M. Mitte Juli war ein Kassenbestand vorhanden von 632,26 M. Der Bericht schließt mit dem Wunsche, daß der Thüringer Parteitag einen Weg finden möge, daß das Band der Zusammengehörigkeit auch in Zukunft die Thüringer Kreise umschlinge, wie es seit 1891 der Fall war.

Aus Marburg wird von uns die Aufnahme folgender Resolution verlangt:

„Die außerordentliche sozialdemokratische Parteiversammlung vom 29. Juni ist unangenehm berührt über die Rücksichtslosigkeit des „Vorwärts“, der, nachdem die letzte Parteiversammlung vom 20. Juni mit großer Majorität beschlossen hatte, in der Stichwahl zwischen dem Nationalsozialen v. Gerlach und dem Konservativen v. Pappenheim aus gewichtigen Gründen strengste Stimmhaltung anzupflechten — ein Beschluß, der sofort durch alle größeren Blätter ging („Frankf. Ztg.“) und per gedrucktes Circular an alle Vertrauensmänner auf dem Lande verhandelt wurde — am 24. Juni (Nr. 144) eine Notiz brachte, in welcher unter gänzlicher Nichtbeachtung des uns bindenden Marburger Parteibeschlusses kategorisch die „unbedingte Unterstützung“ v. Gerlachs gefordert wurde. Die Versammlung ist ferner unangenehm berührt über die Taktlosigkeit, mit welcher der „Vorwärts“ über die Köpfe der hiesigen Partei-Organisation und des Kandidaten Paul Wader hinweg unsterkrechtlich gewordenen Beschluß umzusetzen suchte und durch die Verwirrung, die er durch jene Notiz zumal unter den Genossen auf dem Lande anrichtete, auch thatsächlich umsetzte und unsre hiesige Parteiververtretung dadurch in ein sehr schiefes Licht brachte, spricht der verantwortlichen Leitung des „Vorwärts“ gegen drei Stimmen ein Tabellvotum aus und bittet dringend um Veröffentlichung dieser Resolution im „Vorwärts“.

Die Marburger Parteigenossen hatten im Gegensatz zu der Haltung der Gesamtpartei beschlossen, in der Stichwahl zwischen dem konservativen Agrarier und dem Nationalsozialen v. Gerlach sich der Stimme zu enthalten. Dieser Beschluß hätte die Wahl des Agrariers zur Folge gehabt.

Als wir von diesem unverständlichen Beschluß Kenntnis erhielten, thaten wir lediglich unsere Pflicht, als wir uns gegen ihn wandten. Unsre Notiz hatte die erwünschte Folge, daß die Sozialdemokraten des Kreises zum großen Teil für Gerlach eintraten, so daß die Wahl des Konservativen gerade noch mit knapper Not verhindert werden konnte.

Ob der irrige Beschluß durch das unbegründete Tabellvotum gegen den „Vorwärts“ richtiger wird, können wir dem Urteil der Partei überlassen.

Die Mitarbeit von sozialdemokratischen Schriftstellern an der bürgerlichen politischen Presse bildete am Dienstag Gegenstand einer lebhaften Diskussion im Sozialdemokratischen Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis. Schon im März war aus der Mitte des Vereins heraus der Antrag gestellt worden, diese Angelegenheit nach den Wahlen gründlich zu erörtern, was denn auch am Dienstag geschah. Sämtliche Redner, die sich zur Sache äußerten, waren darüber einig, daß es im höchsten Grade tadelnswert sei, wenn Sozialdemokraten in gegnerischen Blättern Parteiangelegenheiten erörtern oder zum Beispiel die „Parteimoral“ schildern, so wie sie dieselbe auffassen. Niemand unter uns werde sich daran stoßen, wenn Sozialdemokraten in anständigen bürgerlichen Organen rein wissenschaftliche Artikel oder solche aus Specialgebieten veröffentlichten; aber das Verzerren des Bildes der Sozialdemokratie zum Vergnügen der Gegner dürfe nicht geduldet werden. Der „Neuen Zeit“ sei in ihrem Kampfe gegen diese Erscheinungen durchaus Beifall zu zollen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis hält es für notwendig, daß die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an politischen Presseorganen der Bourgeoisie vom Parteitag einer eingehenden Besprechung unterzogen wird, und erwartet, daß durch Parteitagbeschluß eine Norm geschaffen wird, welche Vorfälle, wie sie in diesem Frühjahr zu lebhaften Debatten Anlaß gaben, für die Zukunft verhindert.

In derselben Versammlung wurde beschlossen, aus den Mitteln des Vereins 3000 M. an die Parteikasse in Berlin zu überweisen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Genosse Robert Albert in Magdeburg wurde von der dortigen Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Verleumdung eines westfälischen Kaplans zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. — Ein katholischer Kaplan B a h l e in Fröndenberg (heft strafverfetzt) hatte in Gemeinschaft mit der Frau des Sanitätsrats Dr. Voss in Düsseldorf einem Vater das 13jährige Kind fortgenommen und es in ein belgisches Kloster gesteckt. Das geschah angeblich, um der katholischen Religion das Kind zu erhalten. Der Vater des Kindes war ganz verzweifelt — noch heute weiß er nicht, wo sein Kind ist! Der Kaplan sowohl wie die Frau Sanitätsrat wurden demnach am 15. April wegen dieses Vergehens gegen § 235 des St.-G.-B. zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Fast sämtliche nichtkatholische

Blätter verurteilten seiner Zeit die Handlungsweise des katholischen Eiferers aufs schärfste, ohne deshalb behelligt zu werden. Weil aber die „Vollstimm“ in der Nummer 87 vom 15. April ebenfalls den Kaplan kritisierte und sein Verhalten scharf verurteilte, stellte derselbe Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur derselben und — so seltsam es klingt, aber es ist wahr — der Staatsanwalt nahm sich dieses mit Gefängnis bestrafte Herrn im angeleglichen öffentlichen Interesse an und erhob Anklage gegen Genossen Albert.

Sociales.

Menschen- und Rindertuberkulose.

Ueber dieses Thema wurde in den letzten Sitzungen der Medizinischen Gesellschaft (1., 8. und 15. Juli) eifrig diskutiert. Bekanntlich galt und gilt es für überaus gefährlich, mit tuberkulösen Tieren in nähere Berührung zu kommen, weil die Anschauung weit verbreitet ist, daß durch den Genuß der Milch tuberkulöser Käse sehr leicht eine Uebertragung der Krankheit, der alljährlich Tausende zum Opfer fallen, auf den Menschen stattfinden kann.

Vor etwa zwei Jahren teilte der berühmte Berliner Hygieniker Robert Koch auf einem internationalen medizinischen Kongress in London Resultate neuer Versuche mit; er hatte von 19 tuberkulösen Menschen erhaltenes Material auf Kinder überimpft, ohne daß in einem einzigen Falle das Versuchstier eine merkliche Schädigung erlitt, ebenso zeigten sich nach der Tötung desselben in keinem Falle Anzeichen, daß das Tier mit einer Tuberkulose infiziert gewesen war. Koch schloß aus diesen Versuchen im Zusammenhang mit zahlreichen anderen über die Wirkung der Impfung von Kind auf Kind sowie von und auf andre Tiere, daß die menschliche Tuberkulose von der Rindertuberkulose wegenschieden sei; er sagte wörtlich: „Ich fühle mich berechtigt, zu behaupten, daß die Tuberkulose der Menschen von der der Rinder sich unterscheidet und nicht auf das Kind übertragen werden kann.“

Kochs Vortrag und Behauptung erregten begreiflicherweise das größte Aufsehen, da seine Anschauungen, falls sie richtig waren, geeignet schienen, ein neues Licht auf die Krankheit selbst zu werfen und die vorbeugenden Maßnahmen gegen sie nicht wesentlich umzugestalten und zu vereinfachen. Vielsach wurden Impfsversuche mit Kindern angestellt, teils mit positivem, teils mit negativem Erfolge. Auch im kaiserlichen Reichs-Gesundheitsamt sind auf direkte Anregung von Koch hin von neuem Versuche angestellt worden, deren Resultate in der medizinischen Gesellschaft mitgeteilt wurden. Auch sie haben bestätigt, daß von tuberkulösen Menschen erhaltenes Material auf Kinder wesentlich anders, unschädlich wirkt, als solches, das von tuberkulösen Tieren, Rindern und Schweinen, erhalten war. Von sechs kranken Tieren überimpftes Material rief stets eine schwere, allgemeine Tuberkulose hervor, und nur Material von einem einzigen Tiere schädigte die damit geimpften Kinder weniger schwer. Bei den von tuberkulösen Menschen gewonnenen Bacillen-Kulturen ergaben sich dagegen wesentlich andere Resultate. Im ganzen handelte es sich hier um 38 Kulturen; von diesen riefen 19 in den geimpften Tieren überhaupt keine Erscheinungen hervor, neun nach 4 Monaten ganz minimale Infektionsherde in den Lungen, die bald verlapelten und keine Neigung zur Ausbreitung zeigten, sieben führten etwas stärkere Krankheitserscheinungen herbei, die aber ebenfalls nicht fortgeschritten, und nur vier, die sämtlich von Kindern stammten (zwei von Miliarzwei von primärer Darmtuberkulose) erzeugten eine schwere Erkrankung der geimpften Kinder.

In der an diese Mitteilung anschließenden Diskussion standen sich die Meinungen sehr scharf gegenüber. Der eine Teil, vor allem Prof. Dr. h., der Nachfolger Virchows, behauptete aufs entschiedenste, daß Kochs Anschauung als irrig erwiesen sei; thatsächlich sei die Tuberkulose vom Menschen auf das Kind übertragbar und umgekehrt. Menschentuberkulose und Rindertuberkulose sei dieselbe Krankheit und werde durch denselben Bacillus hervorgerufen. Daß Impfungen vom Menschen auf das Kind dieses nicht so schwer schädigen, wie die vom Tier auf das Tier, sei nicht verwunderlich, Mensch und Kind seien so verschieden organisierte Wesen, daß man sich vielmehr wundern müßte, wenn ihre Organismen auf denselben Reiz in ganz gleicher Weise reagierten.

Ebenso energisch wurde aber auch der Standpunkt vertreten, vor allem von Dr. S. H. S., daß alle Versuche Koch recht gegeben hätten. Das sei ja ganz selbstverständlich, daß beim Experimentieren ab und zu es gelinge, ein Kind mit menschlicher Tuberkulose zu infizieren, darum sei dies aber noch durchaus keine spezifische Krankheit des Kindes, so wenig wie der Typhus eine des Hundes, der Titanus eine des Fuhnes, obwohl er an diesen Tieren zuweilen experimentell erzeugt werden könne. Solche Ausnahmen fallen so wenig ins Gewicht, daß z. B. der anerkannte Tuberkulose-Forscher W e r i n g jagt: „Es giebt wohl keine Tierart, die so durchsteigt ist von der Tuberkulose wie das Rindvieh; versucht man aber, Kinder auf die Art tuberkulös zu machen wie Meerzweifeln und andre Tiere durch subcutane Impfung mit tuberkulösem Material, so werden sie so wenig geschädigt, daß man sie geradezu als tuberkulose-immun bezeichnen muß.“ Epidemiologisch treten eben die menschliche Tuberkulose beim Rindvieh nicht auf, so wenig wie die Rindertuberkulose beim Menschen; es handele sich um zwei im Wesen verschiedene Krankheiten, die von Kind auf Mensch und umgekehrt im allgemeinen nicht übertragen werden.

Die Kräfte sind also, wie man sieht, in der Wertung der Experimente durchaus noch nicht einer Meinung. So viel scheint innerlich bewiesen zu sein, daß Koch, der wie alle Kräfte von der einseitigen ätiologischen (ursächlichen) Auffassung jeder Impftuberkulose ausging, gezeigt hat, daß Kinder- und Menschentuberkulose verschiedene sind, als man früher angenommen hatte. Aber trotzdem bleibt es für die Einschränkung der Krankheit unter den Menschen eine sehr wichtige vorbeugende Maßregel, die begründete Beforgnis vor ihr in der Bevölkerung und bei den Behörden möglichst zu verstärken und die Kennzeichen der Schutzhauptregeln gegen sie: Absonderung der Kranken, Vermeidung der Berührung mit ihnen und ihren Auswurfstoffen, peinlichste Keuschheit, möglichst zu verbreiten.

Ueber den achtstündigen Arbeitstag bei der Firma Carl Zeiss in Jena geht jetzt nach der „Vossischen Zeitung“ eine Notiz durch die Presse, die zu ganz falschen Schlussfolgerungen verleitet. In Wahrheit handelt es sich um Vorträge, die Professor Abbe am 5. November und 5. Dezember 1901 (also vor bald zwei Jahren) in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Jena gehalten hat. Der wesentliche Inhalt derselben ist zu Anfang des Jahres 1902 im „Korrespondenzblatt der Generalcommission“ publiziert worden. Der Achtstundentag ist bei der Firma Carl Zeiss in Jena seit 1. April 1900 (nicht 1902) eingeführt und zur dauernden Einrichtung geworden.

Aus Industrie und Handel.

Bremens Schiffahrt und Handel. Die Handelskammer zu Bremen veröffentlichte ihre statistischen Mitteilungen über Bremens Handel und Schiffahrt im Jahre 1902. Daraus ergibt sich, daß sowohl der Warenverkehr als der Schiffverkehr Bremens in vergangenen Jahre eine erhebliche Steigerung gegen das Vorjahr erfahren haben. Die Gesamtanfuhre ist von 40 462 478 Doppelcentner Nettogewicht im Werte von 1 066 980 952 M. im Jahre 1901 auf 42 017 470 Doppelcentner im Werte von 1 082 959 112 M. und die Gesamtanfuhre von 29 750 418 Doppelcentner im Werte von 1 004 748 249 M. im Jahre 1901 auf 30 799 400 Doppelcentner im Werte von 1 032 011 432 M. gestiegen. Von der Steigerung des Güterverkehrs im vergangenen Jahre entfällt der Hauptanteil auf die Ein- und Ausfuhr zur See. Von den eingeführten Gütern stammten aus dem Deutschen Reich 18 968 823 Doppelcentner (im Vorjahre 17 859 942) im Werte von 345 899 533 M. (336 251 129), insgesamt aus Europa 28 865 628 Doppelcentner (im Vorjahre 26 564 793) im Werte von 491 979 920 M. (470 309 436), aus transatlantischen Ländern 13 151 832 Doppelcentner (13 897 710) im Werte von 560 979 192 M. (596 471 516).

Von der Gesamtsumme gingen 16 666 388 Doppelcentner (16 976 681) im Werte von 579 808 360 M. (582 301 404) ins Deutsche Reich, 4 836 366 Doppelcentner (4 827 728) im Werte von 265 464 491 M. (248 534 007) nach den übrigen europäischen Ländern und 9 296 646 Doppelcentner (8 446 064) im Werte von 186 738 601 M. (173 912 888) nach transatlantischen Ländern.

Auch die Schiffahrt Bremens hat im vergangenen Jahre eine weitere Zunahme gegenüber dem Vorjahre erfahren. Die Zahl der hier angekommenen Seeschiffe stieg von 4024 auf 4197 mit einem Tonnengehalt von 2 984 410 (im Vorjahre 2 717 633) Registertonnen. Dagegen gingen ab 4502 (4196) Schiffe mit einem Gehalt von 3 004 690 (2 728 640) Registertonnen. Was die Nationalität der eingelaufenen und abgehenden Schiffe betrifft, so waren sie der großen Mehrzahl nach bremischer oder anderer deutscher Nationalität, nämlich von insgesamt 4197 Seeschiffen mit 2 984 410 Registertonnen 2188 bremische und 1116 andre deutsche Schiffe mit 1 752 045 bzw. 384 925 Registertonnen.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erfährt, sind die Schwierigkeiten, die einer Verschmelzung des Coalitionsyndikats und des Brilletverkaufsvereins mit dem Kohlenyndikat entgegenstanden, nunmehr endgültig beseitigt worden, nachdem die Funkische Gruppe ihren Widerstand gegen die Verschmelzung aufgegeben hat. In der am 15. September stattfindenden Versammlung wird also beschlossen werden, daß das Coalitionsyndikat und der Brilletverkaufsverein ab 1. Oktober 1903 in das Kohlenyndikat übergehen werden. Die von anderer Seite gebrachte Meldung, daß die Stimmeschen Zeichen nicht beitraten würden, erklärt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ für unrichtig.

Die Berliner Großbanken und die rumänische Petroleum-Industrie. Das Bestreben der deutschen Hochfinanz, die rumänische Petroleum-Industrie von sich abhängig zu machen, scheint trotz der Gegenaktion der amerikanischen Standard Oil Company von Erfolg gekrönt zu sein. Die am Dienstag in London abgehaltene Generalversammlung der Telega Oil Company Limited hat einstimmig beschlossen, ihr jezt 320 000 Mtr. betragendes Aktienkapital um 80 000 Mtr. auf 400 000 Mtr. zu erhöhen. Die neuen Aktien sind von der Diskontogesellschaft gezeichnet worden, die auch einen erheblichen Teil der alten Aktien übernommen und sich im Verein mit dem Hause S. Weichroder dadurch einen maßgebenden Einfluss in dem Unternehmen gesichert hat, daß als ihre Vertreter die Herren Geheimrat v. Hansmann, Direktor Johann B. Schroeder und Dr. jur. Salmson sowie als Vertreter des Hauses S. Weichroder Dr. jur. Schwabach in den Aufsichtsrat eingetreten sind.

Auch die Deutsche Bank hat sich in Gemeinschaft mit dem Wiener Bankverein an einem rumänischen Petroleum-Unternehmen beteiligt, und zwar handelt es sich um die rumänische Petroleum-Gesellschaft „Steuca Romăna“, von der es nach vor kurzem hieß, daß sie ebenfalls von der Diskontogesellschaft finanziert werden würde.

Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft, Essen. Der jüngst veröffentlichte Jahresbericht der Handelskammer zu Essen enthält über die geschäftliche Entwicklung der Firma Krupp in den beiden letzten Jahren eine Reihe ausführlicher Angaben, die um so mehr Interesse beanspruchen dürfen, als inzwischen bekanntlich die Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft erfolgt ist. Nach diesem Bericht gehören zur Zeit zu den Werken der Firma Friedrich Krupp:

Die Gußstahlfabrik in Essen mit einem Schmelzofen in Reppen; das Krupp'sche Stahlwerk in Annen i. W.; das Gusstahlwerk in Buda bei Magdeburg; die Germaniawerk in Kiel; vier Hochofenanlagen bei Duisburg, Neuwed, Engers und Rheinhausen, eine Hütte bei Sahn mit Maschinenfabrik und Eisengießerei; drei Kohlenzechen, nämlich Zeche Hannover, Zeche Hannibal und Zeche Sälzer u. Neud; eine große Anzahl von Eisensteingruben in Deutschland, darunter 10 Tiefbauanlagen mit vollständiger maschineller Einrichtung; außerdem ist die Firma Friedrich Krupp an Eisensteingruben bei Bilbao in Nord-Spanien beteiligt. Ferner besitzt sie eine Kueberei in Rotterdam mit Seedampfern.

Auf den Hüttenwerken wurden im Jahre 1902 im Durchschnitt täglich zusammen etwa 1782 Tonnen (i. B. 1914 Tonnen) Eisenerz aus eignen Gruben verhüttet. Die Kohlenförderung auf den eignen Zechen betrug insgesamt 1 643 576 Tonnen (1 479 334 Tonnen). Der Gesamtverbrauch der Krupp'schen Werke, soweit sie von der Gußstahlfabrik versorgt wurden, betrug an Kohlen 843 494 Tonnen, an Coaks 369 201 Tonnen, Britletis 6630 Tonnen. Es ergibt (Coaks und Britletis in Kohle umgerechnet) einen Gesamtverbrauch der Krupp'schen Werke, soweit sie von Essen versorgt werden, von 1 367 065 Tonnen.

Auf der Gußstahlfabrik waren im Jahre 1901 in den etwa 60 Betrieben in Thätigkeit: circa 5300 Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, 23 Walzenstrassen, 141 Dampfhammer von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht, 83 hydraulische Pressen, darunter zwei Biègepressen zu 7000 Tonnen, 1 Schmelzdepresse zu 5000 Tonnen und eine zu 2000 Tonnen Druckkraft, 323 stehende Dampfkessel, 513 Dampfmaschinen von 2 bis 3600 PS, mit zusammen 43 848 PS., 369 Elektromotoren, 591 Krane von 400 bis 150 000 Kilogramm Tragfähigkeit mit zusammen 6 327 900 Kilogramm Tragfähigkeit.

Die Gesamtzahl der auf den Krupp'schen Werken beschäftigten Personen einschließlich 4046 Beamte betrug am 1. April d. J. 41 013 (i. B. 43 933). Davon entfallen auf die Gußstahlfabrik Essen 22 970 (24 536), das Gusstahlwerk in Buda 2651 (2773), die Germaniawerk in Kiel 3062 (3987), die Kohlenzechen 6620 (6159) und auf die Hüttenwerke, Schmelzofen Reppen usw. 6710 (5628).

Deutsche Hypothekenbank, Aktiengesellschaft, Berlin. In der heute abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde einstimmig beschlossen, das Grundkapital um drei Millionen Mark auf zwölf Millionen Mark durch Ausgabe von 2500 Stück neuen Aktien zu 1200 M. zu erhöhen. Der Mindestkurs, zu dem die neuen Aktien ausgegeben werden sollen, wurde auf 112 Proz. normiert. Die Festsetzung der näheren Bestimmungen betreffs Ausgabe und Zeichnung der neuen Aktien wurde dem Aufsichtsrat überlassen. Zur Begründung wurde von der Verwaltung ausgeführt, daß bis zum 31. Dezember 1902 der Pfandbriefsumlauf 117 352 900 M. betragen habe und dieser bis zum 15. Juli 1903 auf 126 536 700 M. gestiegen sei. Wenn keine Störung auf dem Pfandbriefmarkt eintrete, sei bis Ende des Jahres auf eine Zunahme des Pfandbriefsumlaufes um 2—3 Millionen und im ersten Semester 1904 um 6—8 Millionen zu rechnen. Es würde somit die gesetzlich zulässige Maximalgrenze, der fünfzehnfache Betrag des Aktienkapitals zugüglich Reservefonds, d. f. 148 500 000 M., erreicht werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der **Maschinenmacher** berichten bürgerliche Blätter, daß der Streik beendet sei. Demgegenüber erklärt die Agitationskommission der Schaufmacher, daß dies eine irrtümliche Mitteilung sei. Die Beschlüsse, die von den Arbeitgeberern angenommen wurden, sind keineswegs für die Arbeiter annehmbar. Die Arbeitgeber wollen nur bezüglich der am ungünstigsten bezahlten Arbeit in Verhandlungen eingehen, wogegen die Arbeiter verlangen, daß für alle Tarifforderungen Verbesserungen vorgenommen werden sollen. Nach Ausgleich dieses Gegenstandes treten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Kommission in Verhandlungen. Die so ausgearbeiteten Bestimmungen sollen mit dem 1. Januar 1904 in Kraft treten. Bevor aber auf dieser Grundlage eine Einigung nicht erfolgt ist, dauert der Streik unverändert fort.

Textilarbeiter. Die Weber und Weberinnen der Firma Anton u. Alfred Lehmann in Rieder-Schönnewalde sind am Donnerstag den 16. Juli, in den Ausstand getreten. Beteiligt am Ausstand sind 204 Personen. Die Weber verlangen eine genaue Lohnberechnung. Zu diesem Zweck sollen Schätzblätter an den Stühlen angebracht werden, wie dies bereits in andern Orten üblich ist. Der

Lohn soll pro 1000 Schuh berechnet werden. Anstatt der bisherigen 10 $\frac{1}{2}$ Stunden wird die 9 $\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit verlangt und für Männer und Frauen werden getrennte Ankleide- und Waschräume gefordert. Bisher waren Männer und Frauen genötigt, sich in ein und demselben Raum umzuleiden. Für Wartezeit, welche durch Verspätungen des Unternehmers entsteht, wird Vergütung von 25 Pf. pro Stunde verlangt.

Die Holz- und Bretterträger haben gestern Abend ihren allgemeinen Zustand für beendet erklärt. In der beschlussfassenden Versammlung im Rätlichen Hof berichtete die Lohnkommission, daß die Hauptforderungen der Arbeiter, die neunstündige Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn, von etwa zwei Drittel der in Betracht kommenden Firmen bewilligt sind. Auf den übrigen Arbeitsplätzen sind zum größten Teil gar keine Forderungen gestellt resp. ist dort die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden. Da angesichts der eigenartigen Verhältnisse in diesem Beruf der erwartete Erfolg allgemein als befriedigend bezeichnet wurde, so stimmte die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen einer Resolution zu, durch die der Zustand als beendet erklärt wurde. Die Tätigkeit der Lohnkommission, auch auf eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei den noch übrigen Firmen hinzuwirken, soll in keiner Weise eingeengt werden. Beschlossen wurde ferner, daß alle zu den jetzigen Bedingungen arbeitenden Kollegen zur ausgiebigen Unterstützung der Genossinnen pro Woche 1 M. an die Streikklasse abzuführen haben.

Deutsches Reich.

Eine schwarze Liste des Vereins der Glacé- und Weißleder-Industriellen ist der Magdeburger „Volkstimme“ auf den Redaktionsstisch gefallen. Dieselbe enthält die Namen von 34 Arbeitern, die bei Louis Rabig, Frankenhäuser am Kyffhäuser und die Namen von 29 Arbeitern, die bei Ernst Otto ebendortselbst die Arbeit niedergelegt haben. Diese Arbeiter sollen mit Hilfe dieser Liste dauernd arbeitslos gemacht werden.

Zur Aussperrung im Baugewerbe zu Hannover wird gemeldet, daß sich eine Kommission der Aussperrten an den Stadtdirektor wandte, um diesen zu veranlassen, einen Druck auf die Weiterführung des Rathhausbaues auszuüben. Der Herr Stadtdirektor erklärte, er wolle einmal versuchen, die Sache beizulegen. Darauf fand unter dem Vorsitz des Stadtdirektors eine Sitzung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter mit dem Arbeitgeber-Verbande statt, an der auch der Regierungspräsident teilnahm. — Wie verlautet, verhielten sich die Arbeitgeber den Versuchen zur Beilegung des Konflikts gegenüber durchaus ablehnend.

Die Schmiede in Dielefeld waren an das Gewerbegericht herangetreten, zwischen ihnen und den Innungsmeistern wegen einer Lohnforderung von 3 M. pro Tag für die sogenannten Junggesellen zu vermitteln. Die Arbeitgeber-Vertreter lehnten diese Forderung rundweg ab. Die Gesellen hatten ursprünglich 3,40 M. gefordert, waren also sehr entgegenkommend gewesen. — Zugun von Schmieden ist von Dielefeld fernzuhalten.

Der Stand des Osenfängerstreiks in Dresden ist unverändert. Von den 881 Streikenden sind bisher nur zwei abtrünnig geworden. Auf Einladung und unter Vorsitz des Vorstandes des neugegründeten deutschen Osenfabrikanten-Verbandes fanden in Reihen Unterhandlungen zwischen Vertretern der Dresdener Osenfänger und dem Vorsitzenden des Centralverbandes der Töpfer Deutschlands und dessen Gauleiter für Sachsen statt. Sie verliefen indes resultatlos, da die Arbeitgeber die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden verlangten. Erst vom Oktober ab, also zum Winter, wenn die meisten Osenfänger arbeitslos sind und überhaupt fast allortorten in diesem Berufe Arbeitsmangel herrscht, wollten sich die Arbeitgeber bereit finden, auf weitere Unterhandlungen einzugehen. Da ein Eingehen auf diesen Vorschlag ebenso viel bedeutet, als sich dem bekanteten Wohlwollen der Unternehmer auf Gnade und Ungnade auszuliefern, wurde er abgelehnt. So dauert der Streik unverändert fort. Sehr fraglich scheint es aber, ob die Unternehmer noch lange auf ihrem, jedes Zugeständnis an die Streikenden ablehnenden Standpunkte verharren können, da die auszuführenden Osenarbeiten, namentlich auf Neubauten, sich immer mehr anhäufen; die im Bauhoch ihr Geld anliegenden Kapitalisten dürften schwerlich geneigt sein, der schönen Augen der Herren Osenfabrikanten wegen, große Zinsverluste zu erleiden. Auch die Weiskener Osenfabrikanten werden es sich wohl noch oft überlegen, ehe sie dazu schreiten, bloß um die paar Dresdener Osenfänger in ihrer Umarmungsbegeisterung zu unterstützen, ihre sämtlichen in den Fabriken beschäftigten Leute auszusperrn, dadurch ihre übrigen Abnahmsgebiete in ganz Deutschland aufs Spiel zu setzen und ihren Konkurrenten auszuliefern.

Die Lohnbewegung der Steinmetzen in Bivida, Meerane, Glaucha, Werdau und Crimmitschau ist durchweg günstig verlaufen. Zugun ist nur noch fernzuhalten von Meerane.

Der Metallarbeiterstreik auf den Harzer Werken ist, wie unserm Braunschweiger Parteiblatt geschrieben wird, siegreich beendet, die Streikenden haben alle Forderungen durchgesetzt. Dieses so überaus günstige Resultat hatten die Verhandlungen, die am Sonntagvormittag zwischen den Streikenden und dem Bezirksleiter Hof-Postburg einerseits und einigen Vertretern des Aufsichtsrates der Harzer Werke andererseits stattfanden. Auf zehn Wochen hat dieser Kampf gedauert, der mit der Umsicht und Fähigkeit geführt wurde, die den Lohnkämpfen der organisierten Arbeiter ihren Stempel ausdrückt. Hart war der Widerstand und nicht gerade sein die Kampfmittel, welche die Direktion den Streikenden gegenüber gebraucht. Schwarze Listen zirkulierten sogar im Baugewerbe, alte Arbeiter, die ein Menschenalter im Dienste des Werkes gefordert hatten, wurden auf Pflaster geworfen mit der Begründung, sie sollten ihre streikenden Söhne mitbringen, dann würden auch sie wieder eingestellt. Aber alle diese und ähnliche Mittel versingen nicht, die Streikenden blieben fest, und jene, die diese Mittel anwandten, sind gefallen, gefallen in der Achtung der Arbeiter und gefallen von ihren Direktionsesseln. Die beiden Direktoren, die als scharfmachendes Element auftraten, deren Verhalten sogar der Herr Arbeitsdirektor so schärf mitleidig, sind zum Einreichen ihrer Kündigung veranlaßt worden. Allzu scharf macht scharf. War es doch kein Kampf um den Profit, handelte es sich für die Werke doch fast gänzlich um Lohnsteigerungen, und trotzdem dieser harmlose Kampf für die Arbeiter aber wird der Sieg ein Ansporn sein, die Organisation, durch deren Hilfe er nur gewonnen ward, aufs neue zu pflegen und zu stärken.

Sociale Rechtspflege.

Ungeheuliche Arbeitsverträge.

In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß die Arbeitgeber nach Beendigung eines zu ihren Gunsten ausgefallenen Streiks den Arbeitnehmern einen Vertrag aufzwingen, wonach diese sich zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht verpflichten müssen. Wird diese Bestimmung übertreten, so soll der Unternehmer das Recht haben, den betreffenden Arbeiter ohne Innehaltung der für den Betrieb sonst geltenden Kündigungsfrist zu entlassen. In Hefts „Annalen des Deutschen Reichs“ (3. Schweizer Verlag, München) untersucht nun Kreisgerichtsrat Dr. Hille Berlin die Frage, ob eine derartige Vereinbarung rechtswirksam ist und besonders ob sie als Einwand geltend gemacht werden kann, wenn ein Arbeiter eine Entschädigungsklage wegen unbestimmter Arbeitsentlassung erhebt. Beides sei zu verneinen.

Dr. Hille verweist auf § 152 der Gewerbe-Ordnung, der den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt. Hiergegen verstoße eine den Arbeitern abgeforderte Verzichtleistung zum Anschluß an eine Organisation. Ein Zwang löse nach dem gesetzgeberischen Willen noch keiner Richtung hin ausgeübt werden, und nach § 153 der Gewerbe-Ordnung wird mit Strafe bedroht, wer durch An-

wendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen usw. auf die Willensfreiheit des Einzelnen in diesem Sinne einen Druck ausübt. Eine durch eines dieser Mittel erlangte Willenserklärung sei nichtig auf Grund Bürgerlichen Gesetzbuches § 134, denn es handle sich um ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt. Der Begriff einer Drohung bean. Nötigung sei erfüllt durch die Androhung eines wirtschaftlichen Nachteils, wie er in der kündigungswilligen Entlassung aus der Beschäftigung entstehen kann. Daß zur Erfüllung der Begriffsmerkmale einer Drohung die Androhung eines physischen Druckes ausreicht, habe das Reichsgericht in einem Urteil vom 25. April 1903 angenommen, indem es einen organisierten Arbeiter verurteilte, weil er einem Nichtorganisierten erklärte, er werde seinen Schaden später schon noch einsehen, und in Ergänzung dessen dem Arbeitgeber erklärte, er habe den Arbeitsvertrag mit der Organisierten zu erwarten, wenn er den nichtorganisierten Mitarbeiter weiter beschäftige. Aus nichtigen Willenserklärungen können aber Rechte nicht abgeleitet werden, mithin in einzelnen Fällen auch nicht ein Verzicht auf die im Betriebe geltende Kündigungsklausel.

Ausdrücklich sei weiter noch § 122 der Gewerbe-Ordnung, wonach bei Vereinbarung anderer als der gesetzlichen Kündigungsfristen sie für beide Teile gleich sein müssen. Vereinbarungen, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind nichtig. Ferner ist nach § 134 der Gewerbe-Ordnung eine Verkürzung des Arbeitslohnes als Strafe über den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus untersagt. Und endlich dürfen zufolge § 134c der Gewerbe-Ordnung andere als die in der Arbeitsordnung begu. in §§ 123, 124 vorgehene Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden. Daraus ergibt sich, daß Verträge der oben erwähnten Art rechtlich unzulässig sind und es kann Entschädigungsklagen nicht die Einrede wirksam entgegen gesetzt werden, es hätten die Klager sich im voraus mit den Vertragsbestimmungen einverstanden erklärt, also auf Entschädigung verzichtet.

Es ist wohl zu erwarten, daß sich alle Gewerbegerichte dieser Auffassung der Rechtslage im gegebenen Falle anschließen werden.

Gerichts-Zeitung.

„Proseses Werke“, die bisher wohl nur ihrem Verfasser bekannt waren, gelangten zu einer traurigen Veröffentlichung durch die Verhandlung, welche gestern vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitz des Assessors Stich stattfand. Aus der Unterzeichnungskarte wurde der 39jährige Cigarrenhändler Emil Proseses vorgeführt, ein Mann, der auf eine höchst unruhige Vergangenheit zurückblickt. Zuletzt verbüßte er eine achtjährige Zuchthausstrafe wegen schweren Raubes. Während dieser langen Zeit der stillen Beschaulichkeit wurde dem Angeklagten gestattet, sich in den arbeitsfreien Stunden mit Schriftstellerei zu beschäftigen, weil er hierzu die besondere Reigung und Befähigung in sich verspürte. Er verfaßte eine Anzahl Romane, die er schon als Manuscript binden ließ. Als er dann im November vorigen Jahres auf freien Fuß gesetzt wurde, beging er eine neue Art des Rauberschwindels. In Berlin giebt es eine Menge weiblicher Personen, welche durch die Zeitungen ihre Dienste zur Ausführung von schriftlichen Arbeiten anbieten. Zumeist sind es Damen, die in den bedrängtesten Verhältnissen leben und sich durch häusliche Arbeit etwas zu verdienen suchen. Auf derartige Annoncen schandete der Angeklagte. Er begab sich zu den Arbeitsuchenden und bot ihnen an, einen Band seiner „Werke“ sauber abzuschreiben, damit dann der Druck und Verlag erfolgen könne. Die Damen sollten für den Vogen 30 Pf. erhalten. Wenn das Anerbieten, wie es zumeist der Fall war, mit Freuden angenommen wurde, rühte der Angeklagte mit einer Bedingung heraus. Unter der Begründung, daß er bereits zwei wertvolle Manuscripte, die er aus der Hand gegeben, eingebüßt habe, verlangte er als Sicherheit gegen eine Wiederholung dergleichen Vorkommnisse die Hinterlegung von 20 M., welche nach Fertigstellung der Arbeit zurückbezahlt wurden. Den armen Beschäftigungslosen war diese Bedingung ein schweres Hindernis, aber die Aussicht auf Verdienst war so verlockend, daß sie es überwinden und das Opfer brachten. Und nun schrieben sie darauf los, mit unermüdetem Fleiße, um eine möglichst hohe Vogenszahl herauszubekommen. Am 1. und 15. jeden Monats sollte Zahlung erfolgen, so wollten es die Geschäftsprincipien des Angeklagten. Aber weder am 1. noch am 15. erfolgte Zahlung, der Angeklagte bot um einen kurzen Auffschub unter der Angabe, daß der Anlauf zweier Cigarrengeschäfte seine Vormittel erschöpft hätte. Als auch die späteren Zahlungen erfolglos waren, verlangten einige der Damen wenigstens ihre Kaution zurück, aber nun erklärte der Angeklagte, daß dies nicht möglich sei, solange sie noch in Besitze seines „Werkes“ seien und die ihnen übertragene Arbeit nicht vollständig fertig sei. Die Gefäulischen wandten sich an die Polizei und bald darauf wurde in den Zeitungen vor dem Schwinbler gewarnt. Es sollen sich gegen 20 Betroffene gemeldet haben. Bezeichnend für den Angeklagten war es, daß eines seiner „Werke“ den „Warenfang“ behandelte. Der Vorsitzende wie auch die Zeuginnen erklärten, daß es wertloser Schund gewesen sei. Einer Zeugin, der Frau Dr. A., hatte der Angeklagte 25 M. abgeschwindelt durch die Vorpiegelung, daß er ihr eine billige Schreibmaschine besorgen wolle. Im Termin bestritt der Angeklagte jede betrügerische Absicht und behauptete, daß er allen seinen Verpflichtungen nachgekommen sein würde, wenn er nicht durch seine Verhaftung daran verhindert worden wäre. Die Beweisnahme fiel nach jeder Richtung zu seinem Ungunsten aus. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf drei Jahre Gefängnis.

Wegen Streitreue hatte sich gestern der Schlosser Oidens rath vor dem Schöffengericht in Roabit zu verantworten. Im März d. J. waren die Metallarbeiter der Firma Goede, Chauffee-straße, ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, fortwährend überstunden zu machen, wohingegen die Arbeitsordnung außer der zehnstündigen Arbeitszeit die Ableistung von Ueberstunden nur in dringenden Fällen vorsah. Während der Aussperrung hatte nun der Angeklagte sich mithilfe über zwei Arbeitswillige geäußert, woraus die Staatsanwaltschaft entnahm, daß er die letzteren durch Herbeiführung usw. habe veranlassen wollen, an einer Verweigerung zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. (Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.) beantragt wurden acht Tage Gefängnis. Rechtsanwält Dr. Heineemann als Verteidiger des Angeklagten plaidierte für Freisprechung. Es handle sich hier gar nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung. Diese sei aber nicht etwa erfolgt, weil die Arbeiter die Erreichung günstigerer als in der Arbeitsordnung vorgegebener Arbeitsbedingungen erstrebten, sondern weil die Fabrikleitung den Arbeitern gegen deren Willen willkürlich die Arbeitsbedingungen verschlechtert hatte. Die Arbeiter traten also nur für die Erhaltung des Bestehenden ein. Handle es sich aber um keinen Streik, so fehle auch die Voraussetzungen zu einem Streitreuevergehen, mit könne der § 153 der Gewerbe-Ordnung gar nicht in Anwendung gebracht werden. Wegen einfacher Beleidigung aber sei kein Strafantrag gestellt worden. Das Gericht machte sich diese Auffassung zu eigen und sprach den Angeklagten frei.

Ebenfalls freigesprochen wurde der Holzarbeiter Krause. Diesem war zur Zeit gelegt, sich eine bemehlige Sache rechtswidrig angeeignet, also Unterschlagung begangen zu haben. Dem als „Unterschlagung“ bezeichneten „Vergehen“ lag folgender Vorfall zu Grunde: Am 8. Mai d. J. war der Angeklagte mit dem Tischler Abel zusammengetroffen, als letzterer mit einem Handstehen von dem Rajardischen Arbeitsnachweis der Tischler-Ginnung in der Alexandersstraße kam. Beide gingen in eine Kneipe, wobei Krause dem Abel begreiflich zu machen suchte, daß dieser sich ebenso gut Arbeit durch den Verbandsnachweis im Seiwischhause vermitteln lassen könne, was um so richtiger sei, als der Innungsnachweis vom Holzarbeiter-Verbande gesperrt wäre.

Während des Gesprächs zeigte Abel dem Angeklagten seine Papiere und auch jenen Handstehen vom Innungsnachweis. Seine Papiere erhielt Abel wieder, den Handstehen aber nahm ein andrer mitbewerber Arbeiter zu sich. Abel kam nun zwar mit nach dem Seiwischhause, nahm von dort aber keine Arbeit an, sondern ging am nächsten Tage wieder nach dem Innungsnachweis, wo er, von den Innungsbeamten befragt, erzählte, wie ihm der Schein abhanden gekommen war. Die Folge war die Anklage gegen Krause. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heineemann beantragte Freisprechung, weil der Schein keine „Sache“ im Sinne des Gesetzes sei, und weil die Aneignungshandlung fehlte, vielmehr die Annahme bestand, daß Abel dem Angeklagten den Schein gütig gegeben habe. Das Gericht erkannte denn auch in diesem Sinne.

Versammlungen.

Der Centralverband der Maurer (Zweigverein Berlin) hielt am Mittwoch im Grand Hotel Alexanderplatz seine ordentliche General-Versammlung ab. Den Kassenbericht vom zweiten Quartal gab Lehmann an. Danach hatte die Kasse der Zahlstellen und Sektionen eine Einnahme von 55 013,91 M. und eine Ausgabe von 11 671,25 M.; so daß ein Bestand von 43 342,66 M. verbleibt. Die Zweigvereinskasse erzielte inklusive Bestand eine Einnahme von 147 631,11 M., der eine Ausgabe von 79 155,35 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Bestand von 68 475,76 M. Zahlstellen und Sektionen sowie die Zweigvereinskasse weisen mithin einen Gesamtvermögenbestand von 111 818,42 M. auf. In die Hauptkasse sind abgeführt 44 012,55 M. Die Streik- und Genossenschaftsunterstützung erreichte in diesem Quartal eine Gesamthöhe von ca. 8500 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf folgte eine ausgedehnte Erörterung über die einzelnen Bestimmungen des neuen Ordstatuts für den Zweigverein. Dasselbe wurde schließlich angenommen mit der Maßgabe, daß die Maßregelungs-Unterstützung auf 3 M. pro Tag für die Dauer von 24 Arbeitstagen festgelegt wurde. Vereinarate erhalten von der dritten Woche ab einen Preiszuschuß von 2,50 M. pro Woche. Mitglieder, die durch Streik anderer Berufe wie Zimmerer, Bauarbeiter und andere in Mitleidenschaft gezogen werden, haben den Anspruch auf Unterstützung schon vom ersten Tage ab und nicht erst wie bisher vom dritten Tage. — Aus dem Verbands wurden acht Mann ausgeschlossen.

Pankow. Der socialdemokratische Verein hielt am Dienstag den 14. d. M., seine regelmäÙige Mitgliederversammlung in Rochdis Lokal, Kreuzstraße, ab. Mit Bezug auf die zu bauende Kanalisation und der dazu notwendigen Röhrenverlegung der Gemeinde Pankow nach dem Rieselfeld Mühlenberg, war in der Gemeindeverwaltung die Streitfrage aufgerollt, ob gub- oder schmiedeeiserne Röhren praktischer seien. Als Thema war demzufolge diese Streitfrage gestellt. Herr Gr empe, welcher das Referat dazu übernommen hatte, führte aus, daß man wohl früher überall gub- oder schmiedeeiserne Kanalisationsröhren verwendet habe, daß aber jetzt, wo die moderne Technik in der Herstellung von geschweißten schmiedeeisernen Röhren bedeutende Fortschritte gemacht hat, diese letzteren infolge der größeren Haltbarkeit des Schmiedeeisens den Gubröhren vorzuziehen seien. Des weiteren spreche auch der Umstand für Anschaffung von Schmiedeeröhren, daß die Gemeinde Pankow bei einer Gesamtlänge des Röhrenstranges von 13 Kilometer eine Ausgabe von 308 000 M. hat, während die Gubröhren 22 000 M. teurer sind. Er könne auf Grund seiner Erfahrungen und Studien auf diesem Gebiete nur zu Schmiedeeröhren raten. In der Diskussion trat Herr Bahnmuth für Gubrohr ein. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Protest der Versammlung gegen den Verlauf eines Gemeindegroßstadts. Nach den Ausführungen unserer Gemeindevorsetzer Freiwald und Fischer, welche erklärten, daß wir Socialdemokraten im Princip gegen Berücksichtigungen von Gemeindegroßstadts seien, wurde beschlossen, sofort am anderen Morgen ein Protestschreiben an den Kreis-Ausschuß zu senden. Dagegen sprach noch Herr Landmesser Born.

Vom Papst.

Rom, 16. Juli, vormittags 11 Uhr. Die Kertze statteten dem Papste auch heute nur einen kurzen Besuch ab. Laponi teilte Razzoni mit, der Kranke habe die Nacht sehr deprimiert verbracht und sei ab und zu unruhig gewesen; er habe fast gar keinen wirklichen Schlaf gehabt, sondern infolge des Körperverfalls nur im Halbschlummer gelegen. Während des Besuchs der Kertze war der Papst bei voller Geistesklarheit, wechselte mit den Kertzen einige Worte und sprach den Wunsch aus, das Bett zu verlassen; die Kertze stimmten zu unter der Bedingung, daß er nur kurze Zeit im Lehnstühle bleibe. Die Kertze stellten fest, daß es nicht genügt, die Flüssigkeit aus der Brust mit einer Spritze zu entziehen, weil die Flüssigkeit fortwährend zunimmt. Auch die Schwäche nimmt zu. Die Gefahr einer plötzlichen Katastrophe ist gewachsen.

Rom, 16. Juli. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge werden die Kertze sich heute nachmittag darüber schlüssig machen, ob noch ein dritter Brusthöhlenstich trotz der großen Schwäche des Papstes vorgenommen werden soll. Das Blatt bestätigt, daß die Kräfte des Papstes zusehends abnehmen und nicht ein schlechtes Zeichen darin, daß Laponi heute vormittag den Vatikan nicht verlassen hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum deutsch-englischen Zollkrieg.

London, 16. Juli (B. T. B.) Unterhaus. (Nach 11 $\frac{1}{2}$.) fragt, ob die Erklärung des englischen Volschafters in Berlin vom 21. April 1903 dahingehend, daß in gewissen Fällen die englische Regierung Vergeltungszölle auf deutsche Waren legen würde, die Zustimmung der Regierung gefunden habe, und wenn dies der Fall, wozu dann weitere Untersuchungen in der Zollfrage angestellt werden müßten. Premierminister Balfour antwortet, er habe die erwähnte Stelle in der Depesche durchgelesen und stimme ihr in der ursprünglichen Fassung vollständig bei. Sie sei der Ausdruck des englischen Volschafters gewesen, die er gleichfalls teile und sie scheine gerade auf die Notwendigkeit der zollpolitischen Untersuchung hinzuweisen.

Caracas, 15. Juli (B. T. B.) Der fällige Schlussschwechsel zur Bezahlung der deutschen Reklamationen ist gestern eingelöst worden. Die deutschen erstklassigen Forderungen von 1 718 815,87 Bolivares sind daher nunmehr in ihrem Gesamtbetrage bar bezahlt.

Bredlau, 16. Juli. (B. T. B.) Heute nachmittag stürzte, dem „B. T. B.“ zufolge, ein Teil der vierstöckigen Sternbergischen Spiritfabrik in der Salzstraße ein. Die Vorderfront des Gebäudes war von den Fluten der Oder schon tagelang bespült worden. Am Mittag hatte bereits in der nebenan belegenen Spiritfabrik von Alfshaffel u. Co. der Einsturz eines Schuppens stattgefunden, dem ein weiterer Einsturz um 5 Uhr nachmittags folgte. Die angrenzenden Gebäude sind stark gefährdet.

Wien, 16. Juli. (B. T. B.) Der Maurerstreik ist nach dreimonatiger Dauer beendet worden. Die Maurer haben heute freilich bedingungslos die Arbeit wieder auf.

Petersburg, 16. Juli. (B. T. B.) Im Dorfe Pokromskoi, Gouvernement Samara, zerstörte gestern ein Großfeuer 300 Häuser und alle Kornspeicher. Fünf Menschen sind umgekommen. Washington, 16. Juli. (Weldung des Meisterschen Bureau.) Die Randschutze ist in befriedigender Weise gelöst worden durch die von der chinesischen Regierung gegebene Zusage, die Randschutze sei in nächster Zeit dem Welthandel zu öffnen durch die Erklärung mehrerer Häfen zu Vertragshäfen. Die russische Regierung hat den Vereinigten Staaten offiziell erklärt, daß sie sich dieser Freigabe in keiner Weise widersetzen werde. Welche Häfen freigegeben werden sollen, ist noch nicht angegeben, doch verlautet, es sollten dies Ruden und Tching-tao sein.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Endlich nach langwierigen, ermüdenden Verhandlungen, die 45 Sitzungen erforderten, ist der Pommerbank-Prozeß so weit vorgeschritten, daß heute die Staatsanwaltschaft nach ausführlicher Begründung ihre Strafanträge zu stellen vermochte.

Es ist ungefähr ein Jahr her, seit in diesem Saale unter demselben Vorsitzenden und denselben Vertretern der Anklagebehörde ein Prozeß sich abspielte, der eine unerkennbare Ähnlichkeit mit diesem Prozeß hatte.

Auch die Angeklagten Wohl und Hanel haben verschiedentlich die Unwahrheit gesagt. Der Staatsanwalt hebt hervor, daß er, um nicht zu ermüden, nicht jeden einzelnen Fall der Anklage nochmals ausführlich durchgehen, sondern sich darauf beschränken wolle, das System der Angeklagten auf Grund der Ergebnisse der Vernehmungsaufnahme noch einmal zu schildern.

Als anfängliche Kaufleute hätten die Angekl. Schulz und Romeid eine Generalversammlung einberufen und den Aktionären reinen Wein einschenken müssen, statt dessen haben sie es vorgezogen, dumme Wege zu gehen und durch allerlei Schiebungen sich über Wasser zu halten.

Der Staatsanwalt schildert sodann noch einmal eingehend die Entwicklung und die Tätigkeit der Immobilien-Verkehrs-Bank, hält die letztere bei verschiedenen Geschäften, in denen Grundstücke von den Darlehnsuchern mit hineingenommen werden mußten, für eine wunderliche im weiteren Sinne und behauptet, daß die gewährten Kredite ganz unbegründet seien.

Man habe versucht, die Bilanz auch dadurch zu verbessern, daß man den Grundstücken die seit 1890 aufgewendeten Zinsen als Wertsteigerung hinzurechnete.

Was die Zinsen betreffe, auf die sich die Angeklagten stützen und was ihre Behauptungen anlangt, daß auch andre Tagatoren wie Wohl und Hanel ähnlich hohe Zinsen abgegeben haben, so behauptet er, daß die Methode, die Prof. Dietrich als die allein richtige erklärt, nicht in allen Fällen anwendbar sei.

Was die Zinsen betreffe, auf die sich die Angeklagten stützen und was ihre Behauptungen anlangt, daß auch andre Tagatoren wie Wohl und Hanel ähnlich hohe Zinsen abgegeben haben, so behauptet er, daß die Methode, die Prof. Dietrich als die allein richtige erklärt, nicht in allen Fällen anwendbar sei.

Der Angeklagte Romeid habe der Bank seine Augenstände, das Gut Konten und seine Villa überlassen. Ob er damit alles hingegeben, was er besaß, lasse er dahingestellt.

Institut gelassen seien. Sie haben es auch verstanden, sich an die Presse heranzudrängen. Diese Angelegenheit hat in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt. Der Angeklagte Romeid hat dem Berliner Presse-Klub ein unverzinsliches Darlehen von 25 000 M. zur Errichtung eines eignen Klubhauses gegeben.

Die Presse hat die Sache aufgegriffen und allerlei Vermutungen über die Persönlichkeiten ausgesprochen. In diesem Prozesse die Sache weiter aufzuklären, lag keine Veranlassung vor, denn die Verhandlung war schon uferlos, und wenn man auch darauf noch weiter eingegangen wäre, würde sie sich noch mehr ausgebreitet haben.

Der Staatsanwalt behandelt dann eingehend die Untreuen des Schulz bei den verschiedenen Grundstücksgeäften und betont ferner, daß Romeid die dem Presse-Klub überwiesenen 25 000 M. unter der Bedingung hingegeben, daß er als Gelder nicht genannt werde, während er dann diese Summe auf die Immobilien-Verkehrsbank abgewälzt habe.

Was die Uebnahme von Anteilscheinen des „Kleinen Journals“ betrifft, so sei aus dem damals vorgelegten Gutachten des Bücherrevisors hervorgeht, daß das Blatt für die Zukunft gute Aussichten habe, kein Schluß zu ziehen. Die Forderungen erscheinen wertlos.

Was die Abmessung der Strafe betrifft, so sei zu erwägen, daß die Angeklagten ihre Tätigkeit begonnen haben zu einer Zeit, als die Bank in einer schwierigen Situation sich befand, andererseits aber, daß sie ihre Pflichten als Direktoren einer solchen Bank in einer jedem Rechtsbewußtsein und Rechtsgesühl wider sprechenden Weise ausgeübt haben.

Der Angeklagte Schulz und Romeid sei ferner ein schwerer Vorwurf daraus zu machen, daß sie von ihren Stellvertretern, die sie vom Gelde der Pommerbank zum Kurse von 105 Proz. erworben hatten, zum Kurse von 140 Proz. an die Immobilien-Verkehrsbank veräußert und dabei je einen Gewinn von 620 000 M. eingestrichen haben.

Im einzelnen beantragt der Staatsanwalt: Für die Untreue durch das Vornehmen von Terrainspekulationen gegen Schulz 3 Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe; gegen Romeid 2 Jahre Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe.

Für die Untreue in Gestalt der Übergabe von Pfandbriefen ohne genügende Unterlage gegen Schulz 3 Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Romeid zwei Jahre Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe.

für die unwahren Darstellungen in den Ueberichten über den Vermögensstand der Pommerbank je sechs Wochen Gefängnis.

Überdem gegen Schulz wegen der ihm allein betreffenden Fälle der Untreue 3 Jahre Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe bezgl. 1 Jahr Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe.

Als Ergänzung behandelt Professor Dr. Müller nochmals ausführlich die bei der Streikbank in Frage kommenden Verhältnisse und den Zusammenhang derselben mit der Pommerbank, sowie die einzelnen mit der Streikbank gemachten Transaktionen.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Schulz 3 Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Wohl einen Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Schulz 3 Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Wohl einen Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereine! Morgen, Sonnabend, den 18. Juli, erscheint die neue Lokal-Liste und wird dem „Vorwärts“ angehängt werden.

Der „Gesellige Lotterie-Verein Zufriedenheit“ veranstaltet am Sonnabend, den 18. Juli, in Anton Ringels Kellerei in Pantow, Breitestraße 1A, einen Sommerabend-Ball, zu welchem man durch in Arbeiterkreisen Billets abzugeben; wir erlauben, dieselben streng zurückzuweisen.

Stegisch. Der Rauchklub „Blane Wolke“ feiert am Sonnabend, den 25. Juli, sein Stiftungsfest im „Birkenwäldchen“.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag, den 19. Juli, morgens 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus die Flugblattverbreitung statt und bitten wir die Genossen um recht zahlreiche Beteiligung:

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Sonntag, den 19. Juli, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen und an denselben Stellen einzufinden.

Zur Einsichtnahme in die Kommunal-Wahlkreislisten sind im vierten Berliner Wahlkreise (Df) außer den bereits namhaft Gemachten noch bereit für verhinderte Wähler Einsicht zu nehmen die Genossen Baumgarten, Königsbergerstr. 7, und Loh, Gräner Weg 46.

Lokales.

Ein Urteil von weittragender Bedeutung betriffs der Entschädigungsansprüche der durch Eisen- oder Straßenbahnen verunglückten Personen hat kürzlich das Reichsgericht gefällt.

Weiter kommt aber auch noch folgendes in Betracht: Nach § 264 des Bürgerlichen Gesetzbuches soll, wenn bei Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat, die Ersatzpflicht dessen, der an sich für den Schaden einzustehen hätte, sowie der Umfang des Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon abhängen, inwiefern der Schaden vorwiegend von dem einen oder andern Teile verursacht worden ist. Diese Vorschrift bezieht sich, wie der Wortlaut des Gesetzes ohne weiteres ergibt, auf alle Fälle, wo jemand für den einem anderen erwachsenen Schaden ersatzpflichtig ist, sie findet also auch da Anwendung, wo jemand nicht vermög eines ihm zur Last fallenden oder von ihm zu vertretenden Verschuldens, sondern aus einem andern Rechtsgrunde, insbesondere vermöge einer besonderen gesetzlichen Bestimmung, ersatzpflichtig ist. Es ist dann zu prüfen, ob der Schaden vorwiegend durch das Verschulden des Verletzten oder durch diejenigen Umstände verursacht ist, für deren Folgen die für ersatzpflichtig erklärte Person nach dem Gesetz aufkommen soll (vergl. Bland, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Ann. 5 zu § 254). Dementsprechend ist auch bei Anwendung der Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes, wenn ein Mensch bei dem Betriebe einer Eisenbahn getötet oder verletzt worden ist, zu verfahren, und zwar nicht bloß dann, wenn dem Verschulden des Verletzten ein solches des Betriebunternehmens oder seiner Angestellten gegenübersteht (Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band 53, Seite 76 f.), sondern auch da, wo ein solches nicht in Frage kommt. (Urteil des erkennenden Senats vom 30. April 1903, Rep. VI 454/02). Es wird somit, auch wenn festgestellt wird, daß dem Kläger bezüglich des Unfalls ein subjektives Verschulden in dem oben angegebenen Sinne zur Last fällt, hierdurch sein Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte noch nicht ohne weiteres ausgeschlossen, es ist vielmehr auch dann zu erwägen, ob ihm bei billiger Berücksichtigung der Umstände, sei es auch nur für einen Teil des ihm erwachsenen Schadens, zugubilligen sei.

Nach der Wohnungsstatistik des Statistischen Amtes der Stadt Berlin gab es am 1. Dezember 1900 in Berlin 4078 Wohnungen, die nur aus einer Küche bestanden. Ferner 898 Schiffshaushaltungen. In Charlottenburg wurden 233 Schiffshaushaltungen und nur 51 Küchen gezählt, die gleichzeitig als Wohnungen dienen. Außerdem wurden noch 78 Schiffshaushaltungen in Bloßensee, 34 in Treptow, 40 in Kummelsburg und 18 in Stralau ermittelt. In Nixdorf wurden 150 Küchen, in Schöneberg 66, in Lichtenberg 63, in Neu-Weichensee 64, in Pantow 16 und in Reinickendorf 13 Küchen als Wohnung benützt. Die Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen in Berlin betrug am 1. Dezember 1900 470 377, davon beherbergt 36 621 nur einen Bewohner, 85 022 zwei, 90 781 drei, 92 111 vier, 68 790 fünf, 42 942 sechs, 28 596 sieben, 11 669 acht, 5411 neun, 2351 zehn, 1040 elf, 721 zwölf, 225 dreizehn, 151 vierzehn, 55 fünfzehn, 32 sechzehn, 17 siebzehn, 10 achtzehn, 5 neunzehn, 3 zwanzig, 7 einundzwanzig und mehr Bewohner, während in 737 Wohnungen die Bewohner abwesend (verreist) waren. Wohnungen mit mehr als 10 heizbaren Zimmern wurden in Berlin 1916 ermittelt, davon 6 nur mit abwesenden Bewohnern, 13 mit einem, 29 mit 2, 78 mit 3, 194 mit 4, 249 mit 5, 265 mit 6, 271 mit 7, 235 mit 8, 216 mit 9, 134 mit 10, 85 mit 11, 33 mit 12, 21 mit 13, 35 mit 14, 11 mit 15, 11 mit 16, 6 mit 17, 5 mit 18, 4 mit 19, 2 mit 20 und 3 mit 21 und mehr Bewohnern. Von 348 Wohnungen ist die Zimmerzahl nicht ermittelt worden. Wohnungen mit 9 heizbaren Zimmern gab es in Berlin 1085, mit 8: 2008, mit 7: 3572, mit 6: 6524, mit 5: 11400, mit 4: 21469, mit 3: 52 628, mit 2: 182 144, mit 1 heizbaren Zimmer, mit oder ohne unheizbarem Zimmer oder Küche aber 197 394 und mit 1 heizbarem Zimmer ohne unheizbarem Zimmer und ohne Küche: 32 812. Außerdem wurden noch 1761 unheizbare Zimmer mit oder ohne Küche sowie 658 unheizbare Zimmer ohne Küche ermittelt.

Das **Klassen-System der Berliner Gemeindefschule** ist nun so weit durchgeführt, daß in dem laufenden Sommerhalbjahr von jetzt 264 Schulen nur 31 noch ohne erste Klasse sind. Unter diesen 31 Schulen sind 5, die ihre oberste Klasse als vereinigte zweite und erste Klasse bezeichnen, so daß streng genommen nur 26 Schulen keine erste Klasse haben. Zu ihnen gehören die neun jüngsten Schulen, die noch kein volles Jahr bestanden und sämtlich noch nicht einmal bis zur zweiten Klasse, teilweise sogar noch nicht bis zur dritten bezw. vierten Klasse entwickelt sind. Auch die übrigen 17 Gemeindefschulen ohne erste Klasse sind größtenteils ganz junge Schulen; 15 davon bestehen noch nicht sechs Jahre und von diesen wiederum neun noch nicht drei Jahre. Andreiseit sind in Berlin jetzt 34 Gemeindefschulen, an denen bereits zwei erste Klassen neben einander bestehen. 12 dieser Schulen haben allerdings nur deshalb die erste Klasse zweimal, weil die betreffenden Schulen in Knaben- und Mädchenabteilungen zerfallen, die jede für sich ihre erste Klasse gebildet haben. Aber es bleiben dann immer noch 22 nur für Knaben bezw. nur für Mädchen bestimmte Schulen, an denen eine so große Zahl entsprechend vorgeschrittener Schulkinder vorhanden ist, daß daraus zwei erste Klassen gebildet werden konnten. Die in Betracht kommenden Schulen sind übrigens an sich keineswegs die stärksten. Die Gesamtzahl ihrer Schüler bezw. Schülerinnen geht nur vereinzelt über 900 und in einem einzigen Falle über 1000 hinaus.

Die **Angestellten der „Großen Berliner Straßenbahn“** haben kürzlich bei den Vertreterwahlen zur Pensionkasse mit einer einzigen Ausnahme auf allen Bahnhöfen die von der Organisation aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt. Dies Resultat wurde erzielt, obwohl die Leitung des von der Direktion so eifrig protegierten „Rothe-Bereichs“ die rührigste Agitation entfaltet, um die Kandidaten der Gewerkschaft zu überzeugen. Zieht man in Betracht, daß der „Rothe-Bereich“ etwa 4500 und der Verband dagegen nur 1500 Mitglieder zählt, so dürfte es der Direktion vielleicht klar werden, daß die Mitglieder ihres sorgfältig begehrten blauen Bereichs zumeist mit für die Verbandskandidaten gestimmt haben. Nebenbei so ging es vor einiger Zeit bei den Delegiertenwahlen zur Betriebs-Krankenkasse. Diese Wahlergebnisse sind ein erfreuliches Zeichen für die zunehmende Klassenbewußtheit der Straßenbahner.

Das **dankebare Vaterland**. Eine Lokalkorrespondenz erzählt: Die **Mittagsgäste der Garde-Regimenter**. Hat man Gelegenheit, um die Mittagszeit das Leben und Treiben in der Nähe einer der Regimentskassen zu beobachten, so wird man bald auf einen mit militärischen Auszeichnungen geschmückten Veteranen aufmerksam, der täglich mit militärischer Blaulackjacke um 12 Uhr durch das Kasernenthor humpelt. Bald darauf erscheint der alte Krieger wieder und trägt vor sich einen in ein großes dunkles Taschentuch gewickelten Stoppel. Eingeweihte wissen, daß es der Mittagsgast des betreffenden Regiments ist, der nun mit dem ihm verabsorgten Mahle seiner Behausung zufrühstückt. Fast jedes Regiment hat einen derartigen Kostgänger. Reifstens ist es ein ehemaliger Angehöriger des betreffenden Truppenteils, der vor Jahrzehnten auf die Fahne desselben Regiments geschworen hat, dessen menschenfreundlicher Kommandeur jetzt dem in bittere Not geratenen alten Soldaten täglich ein warmes Mittagessen und gelegentlich wohl auch ein kleines Warzgeschenk zukommen läßt. Bei den Mannschaften stehen diese Kostgänger in einem gewissen Ansehen, denn es sind durchweg Krieger aus den großen Kriegen oder ehemalige Chargierte — z. B. ist der Mittagsgast der Dragonerkasernen in der Versaillesstraße ein früherer Feldwebel — außerdem sind es Leute, deren Bedürftigkeit und Würdigkeit selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sind. An patriotischen und besonders militärischen Festtagen hat der Kostgänger natürlich seinen Anteil. Er erscheint dann in seinem besten Rock, der früher vielleicht einmal seinem Wohlthäter gehörte, und hat seine sämt-

lichen, blicksamt gepulverten Abzeichen angeheftet. An solchen Tagen giebt es in der Regel aus der Küche des Offizierskassens einen Extrahappen, der auch noch für das Abendrot mit hineinreicht.

Es muß doch seine eigene Verdienste mit der „geficherten Existenz“ haben, wenn alte Veteranen und Unteroffiziere, deren Würdigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, gewissermaßen ihren Hunger durch Bittelbrot stillen müssen!

Durch eine **Explosion auf der Straße** hat der 35 Jahre alte Alexander Theodor Wilow aus der Greifswalderstr. 22 erhebliche Verletzungen am Kopf davongetragen. Er sollte heute vormittag um 9¹⁵ Uhr die Babenthiere des Hauses Christenstr. 13 streichen. Um die alte Farbe zu beseitigen, wurden die Thüren bereits vor mehreren Tagen mit Lauge abgewaschen, ohne daß aber der Jwed erreicht wurde. Wilow wollte nun einige besonders schlechte Stellen mit Spiritus abbrennen, um eine glatte Fläche zu erhalten. Dabei explodierte seine Lampe, und die Flüssigkeit spritzte ihm an den Kopf. Der Verunglückte wurde durch einen Schuttmann nach der Rettungswache III in der Kasanien-Allee gebracht.

Wärslich **gekorben** ist in Wirtshaus „Zum Teufel“, Staligerstraße 11, der 36 Jahre alte Händler Karl Kammel aus der Admiralstraße 6. Kammel konnte wegen eines Herzleidens seinem Beruf als Gaubarbeiter nicht mehr nachgehen und nährte sich durch den Handel mit Wiegeln in Kofalen. Kaum hatte er am Dienstag die Wirtshaus „Zum Teufel“ betreten, als er über Atemnot klagte und eine Flasche Selters verlangte. Bevor er das Wasser genießen konnte, sank er zusammen und starb vor dem Eintreffen eines Arztes. Er hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern im Alter von acht bis zu zwei Jahren.

Eine **Leiche** in Anstaltskleidung wurde gestern an der Potsdamer Brücke gefunden. Es handelt sich um einen Mann in den fünfziger Jahren, dessen Anstaltskleidung den Stempel St. A. W. trägt. Wahrscheinlich ist der Mann aus der Anstalt Buhlheide für Epileptiker entwichen und entweder durch einen Unfall oder durch Selbstmord ums Leben gekommen. Er hat einen grauen Baden- und Schurrebart, graues Haar und trägt ein rot und blau gestreiftes Hemd. Der Mittelfinger der linken Hand ist am obersten Glied verkrüppelt.

Wegen schlechten Geschäftsganges erhängt hat sich der Kaufmann Julius W. Raakenstr. 47. W. war Inhaber eines seit 10 Jahren bestehenden Handhuh- und Krautwattengeschäfts, welches bei der ungünstigen Konjunktur der letzten beiden Jahre sehr zurückgegangen war. Der Kaufmann vermochte in den nächsten Tagen fälligen Verpflichtungen nicht nachzukommen und erhängte sich aus Furcht vor dem ihm drohenden Ruin.

Feuerbericht. Schwere Brandwunden erlitt gestern der Expedient S. Schacht bei einem Brande, der in der Luxuspapierfabrik von P. u. L. Hagelsbergerstr. 53, aus Unvorsichtigkeit ausbrach und schnell eine große Ausdehnung erlangte. Die Feuerwehre unter Leitung des Brandmeisters Mende hatte längere Zeit mit zwei Schlauchleitungen Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Dem Verletzten mußten Kopf und Hände verbunden werden. Wegen der großen Verqualmung der Räume mußte beim Angriff eine große mechanische Leiter benutzt werden. In der Jordanorferstr. 5a brannten gestern Kisten, Lumpen u. a. Ferner mußte in der Leipzigerstr. 42 ein Kellerbrand gelöscht werden. Dort brannten Kisten, Packpapiere, Thee u. a. An der Hochstraße am Humboldthain brannte Gras längs des Bahndammes. Außerdem wurden noch Presholzenbrände und andre gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Da die Einwohnerzahl Lichtenbergs so schnell wächst, sieht sich die Gemeinde schon wieder veranlaßt, ein neues Schulhaus zu bauen, obwohl in den letzten fünf Jahren zwei neue Gebäude mit zusammen 40 Klassenzimmern hergestellt worden sind. Denn jetzt sind schon wieder 19 stehende Klassen vorhanden, welche Zahl bei der Renaufnahme im Oktober sich noch beträchtlich vergrößern dürfte. In der letzten Sitzung beschäftigte sich die Gemeindeverwaltung mit dem Plan des Ankaufs eines geeigneten Grundstücks. Auf die Bestimmung des Gemeindevorstandes hatte der Eigentümer Nitosas in der Pfarrstraße der Gemeinde eine Kaufstelle zum Preise von 310 M. pro Rute (einschließlich Regulierung der Straße) angeboten. Am Tage vor der Beschlußfassung hat derselbe aber sein Angebot zurückgezogen und den Preis auf 350 M. pro Rute erhöht. Die Gemeindevertretung beschloß, ihm 330 M. zu bieten; für ein Terrain an nicht regulierter Straße gewiß ein anständiger Preis.

Friedrichsfelde. Der **Magerviehof Friedrichsfelde** ist am Mittwoch, den 15., durch den ersten Viehmarkt programmäßig eröffnet. Es wurde von jedweder Feiertagsfeier abgesehen, weil — noch alles im Rohbau liegt. Der erste Markt sollte ein Geflügel- und Schweinemarkt sein, doch waren nur ein paar Ladungen Schweine angekommen.

Man muß einen Rundgang auf dem ausgedehnten Terrain, so glaubt man eher eine ausgegrabene Stadt als vorgeschichtlicher Zeit als einen eröffneten Vieh Hof vor sich zu haben. Auf der einen Stelle hohe Sandhaufen, auf der andern hohe Steinhaufen, dazwischen tiefe Gräben. Der Wasserthurm ist auch noch nicht fertig, das Gelände zum größten Teil noch ungepflastert; wozin man blickt, alles unfertig, abgesehen vom Vorfengebäude, das aufstehend fertig ist. Im Vorfengebäude ist ein Posthilfsamt eingerichtet, das jedoch nur an Markttagen geöffnet ist. Die Markttag sind folgendermaßen festgelegt: Geflügel täglich, Schweine jeden Mittwoch, Rinder und Hammel Dienstags und Freitags. Werden jeden ersten Donnerstags im Monat. Diese Festsetzung bezieht sich aber auf die Zeit nach Beendigung der Bauarbeiten. Der nächste resp. erste Pferdemarkt ist auf den 6. August und der nächste Rindermarkt auf den 7. August festgelegt. Die eigentliche Eröffnungsfeier soll im Herbst stattfinden. Die Genossenschaft für Viehverwertung scheint sich ein weites Ziel gesetzt zu haben. Sie hat jetzt bei der Gemeinde um die Erlaubnis zur Errichtung einer Darmschleimerei nachgesucht. Voraussichtlich wird den Magervieh Hof wohl mehr Schlachtvieh als Magervieh (abgesehen von Gänsen) postieren, wenn man die halb gemästeten Schweine als Schlachtvieh bezeichnen kann. Jetzt steht, daß ein großer Teil Schlächter diese leichtere oder sogenannte Mittelware auf dem Magervieh Hof kaufen. So war es in Kummelsburg und so wird es in verstärkter Maße auf dem neuen Vieh Hof der Fall sein.

Nixdorf. An Polizeikosten hat unsere Stadt für das Rechnungsjahr 1903 127 468,23 M. zu zahlen. Der deutsche Städtetag in Dresden wird auch von Nixdorf besichtigt werden, das dort durch Bürgermeister Voigt und Justizrat Bärner vertreten sein wird. Der Bezirksauschuß hatte angeregt, in das neue Ortsstatut über das Nixdorfer Gewerbegericht eine Bestimmung, betreffend Einführung einer Wählhilfe, aufzunehmen. Der Magistrat hat dies abgelehnt. Seitens des Regierungspräsidenten war dem hiesigen Magistrat der Segenswunsch über die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zur tatsächlichen Weigerung zugegangen. Der Magistrat hat sich jetzt dahin geäußert, daß er das gesetzgeberische Vorgehen mit Rücksicht auf die inzwischen hervorgetretene starke Bauhütigkeit nicht für erforderlich halte, auch mehrere Bestimmungen des Entwurfs für unannehmlich und un durchführbar erachte.

Aus **Scham** über die Folgen eines Liebesverhältnisses in den Tod gegangen ist vermutlich die 18jährige Elisabeth Waische, deren Mutter Hietenstr. 78 hierelbst wohnt. Das Mädchen war zuletzt bei dem Restaurateur Bernicke, Großbeerenstr. 90 in Berlin, bedient, wo es sich am Freitag voriger Woche mit dem Bemerkten entfernte, einen kleinen Einkauf machen zu wollen. Seitdem ist das Mädchen verschwunden. Am nächsten Morgen erhielt die Mutter der Vermissten einen Brief, in welchem die Tochter Absicht von ihr und vom Leben nimmt und als Ursache ihren Zustand bezeichnet. Waischer sind alle Nachforschungen nach der Verschwundenen erfolglos gewesen. — In einem Straßenbahnwagen, den er zur Fahrt von Berlin nach Nixdorf benutzte, erkrankte der Töpfer Albert Rehner aus der Jägerstr. 11 hierelbst so schwer, daß er auf ärztliche Anordnung dem Krankenhaus übergeben werden mußte.

Pantow. Die Frage des Verfalls des Gemeindegroßgrundstückes wurde nochmals aus Anlaß der Erteilung einer Vollmacht zur Auflassung des betreffenden Grundstückes in der letzten Gemeindevertretersitzung aufgerollt. Es wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Käufer des Grundstückes bereit sind, 110 000 M. für das Grundstück zu zahlen. Aus der Debatte, welche sich in derselben Richtung bewegte, wie in der letzten Sitzung, ist hervorzuhellen, daß von fünf Mitgliedern der Gemeindevertretung Protest gegen den Verkauf des Grundstückes bei der Regierung in Potsdam, beim Landrat des Nieder-Pommerschen Kreises und beim Kreisauschuß eingelegt ist. — Es wird beschloffen, den verheirateten Lehrern und Lehrern mit eigenem Hausstand ihre Umzugskosten zu vergüten und zwar bis zu zehn Meilen Entfernung 75 M., Unverheiratete erhalten 25 M. Bei weiteren Entfernungen findet eine höhere Vergütung nicht statt. — Die Gesellschaft für Verbreitung von Vollblut hat ein Werk: „Wie erhält man sich gesund“ angeboten. Da 500 Exemplare 25 M. kosten, so wird die Anschaffung beschloffen. Die Schrift soll an die aus der Schule entlassenen Kinder verteilt werden. — Um „mehr Licht“ zu schaffen wird beschloffen, daß die Nachlaternen die ganze Nacht brennen sollen. Es erfordert dieses eine Mehrausgabe von 800 M. jährlich. Das Projekt betreffend die Legung des Druckrohrs bis zum Pantower Tiefelgrube ist genehmigt. — Die Genehmigung hatte ihre Schwierigkeiten darin, daß das Druckrohr 18 Kilometer in den Schutzstreifen des Bahndammes gelegt werden soll. Es ist dies das erste Mal, daß eine derartige Konzession gegeben wird. Die Gemeinde Pantow braucht dadurch wenig oder gar nicht die Gebietsteile anderer Gemeinden in Anspruch zu nehmen und spart dadurch, daß keine Abfindungen an die betreffenden Gemeinden gegeben werden, eine ganz bedeutende Summe.

Dahlem. Reges Leben und Treiben herrscht zur Zeit auf dem Terrain der königlichen Domäne Dahlem, auf welchem die Werke unter den Villenkolonien der Umgebung Berlins entstehen soll. Hunderte von fleißigen Händen regen sich täglich bei den Planierungen, Ausschachtungs- und Pflasterungsarbeiten, um das Gelände baureif zu machen. Aus den Reihen der beteiligten Arbeiter sind uns nun in letzter Zeit verschiedentlich Beschwerden über einen schweren Mißstand zugegangen, unter dem sie besonders an heißen Tagen zu leiden haben und der schon verschiedentlich Krankheitserscheinungen verursacht hat. Es ist dies der völlige Mangel an Trinkwasser. Niemand wird doch im Ernst behaupten wollen, daß das den Arbeitern zur Verfügung stehende Wasser, welches in einem eisernen Rohre circa 1200 Meter weit oberirdisch zugeführt wird, noch als trinkbar bezeichnet werden kann; im Gegenteil, es ist völlig ungenießbar und direkt gesundheitsschädlich. Für die ausführenden Firmen: Rigo-Friedenau, Wigankow und Drehe-Berlin, Selchow-Röpenitz, dürfte es bei gutem Willen keine Unmöglichkeit sein, im Interesse der Gesundheit der den ganzen Tag in der Sonnenglut Beschäftigten dem schwer empfundenen Uebelstande abzuhelfen.

Zeichenberg. Am Sonntag, den 19. Juli, veranstalten die hiesigen Gewerkschaften ein Gewerkschaftsfest. Dasselbe findet in „Anglersruh“, Alsenstr. 88, statt. Wir bitten die Berliner Genossen, uns durch ihren Besuch zu unterstützen, handelt es sich doch um das einzige größere Lokal, das uns hier zur Verfügung steht. Außer dem Konzert finden die verschiedensten Kinderbelustigungen statt. Die Festrede hält Genosse Schubert.

Ein **schwerer Unfall beim Zangenstechen** trug sich am Mittwoch auf dem Hornstedter Felde bei Potsdam zu, wofolbst die 2. Eskadron des Leib-Garde-Gusaren-Regiments eine Uebung abhielt. Man benutzte dazu sogenannte Puffzangen, welche an der Spitze gepolsterte Pfropfen haben. Mit diesen gingen sich die Gusaren gegenseitig zu Leibe, wobei es nun passierte, daß der Quartiermeister der Schwabron, infolge plötzlicher Scheuwerdens seines Pferdes, seinem Gegner, einem Unteroffizier, einen derartigen Stoß mit der Puffzange gegen den Hinterkopf versetzte, daß er besinnungslos vom Pferde fiel. Ansehend hat der Unteroffizier eine schwere Gehirnerkrankung erlitten, denn er führte, als er wieder zu sich kam, wirre Reden und wurde wie geistesabwesend nach dem Garnisonslazarett gebracht.

Verfammlungen.

Verband der Sattler. Eine außerordentliche General-Verammlung der Ortsverwaltung Berlin tagte am Mittwoch in den Aminhallen. Der Abrechnung und dem Bericht für das zweite Quartal ist folgendes zu entnehmen: Die Kasse der Ortsverwaltung schloß mit einer Bilanzsumme von 3738 M. ab. Die Berliner Verwaltung hatte eine Gesamtsumme von 1488,05 M. zur Verfügung, die Ausgaben beliefen sich auf 1464,10 M., so daß ein Bestand von 23,98 M. übrig blieb. Die Mitgliederzahl betrug am Quartals-schluß 1103. Die Beiträge sind pünktlicher und regelmäßiger eingegangen als das früher der Fall war. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 335 Kollegen arbeitslos. Die Nachfrage nach Arbeitsstellen belief sich auf 174; es konnten jedoch nur 113 der angebotenen Stellen besetzt werden; bei den übrigen Stellen handelte es sich zumeist um solche, für die keine passenden Arbeitskräfte vorhanden waren. — Dem Kassierer Wehler wurde einstimmig Decharge erteilt. Nachdem der bisherige Vorsitzende der Ortsverwaltung, Semke, sein Amt niedergelegt hatte, wurde an seiner Stelle Mündner als erster Vorsitzender gewählt. Sodann wurde über das neue Ortsstatut beraten und beschloffen, sowie über das damit zusammenhängende Arbeitsnachweis-Reglement, die Bibliotheks-Ordnung und das Statut der Lokalkasse. Der Kommissionsentwurf über das Ortsstatut usw. wurde mit einigen Änderungen von der Generalversammlung angenommen, ebenso die Uebergangsbestimmungen.

Der **Wahlverein Brit** hielt am 10. Juli seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes ergab sich ein Zuwachs an Mitgliedern von 75 auf 114 innerhalb 9 Monaten. Der Kasienberichts zeigt eine Einnahme von 333,65 M., eine Ausgabe von 257,94 M. auf. Neu aufgenommen wurden 12 Genossen. Ferner wurden die Erlebnisse bei der Wahl erzählt, woraus zu erhellen war, wie schwer immer noch das Kämpfen ist. Verschiedene Genossen wurden aus dem Wahllokal herausgeworfen, während andere gut aufgenommen wurden. Beschlüssen wurde, ein Stiftungsfest abzuhalten und zwar Mitte Oktober. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Handel, sein Amt niedergelegt hatte, da er das Amt nur bis nach der Wahl angenommen habe, wurde als Vorsitzender Genosse August Rierich gewählt.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Lufau. Sonnabend, den 18. Juli, abends 8¹⁵ Uhr, Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Wetterungsübericht vom 16. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe in mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere-höhe in mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Eintriede	762	SS	1	wolkig	15	Haparanda	747	SS	2	bedeckt	10
Danzburg	761	SO	3	wolkig	15	Petersburg	757	SS	1	heiter	13
Berlin	762	SO	1	heiter	17	Cost	751	SS	2	bedeckt	16
Frankfurt a.M.	759	D	1	wolkig	20	Berdeen	—	—	—	—	—
Hamburg	764	SO	1	wolkig	20	Paris	758	SS	2	bedeckt	21
Wien	763	SO	1	wolkig	19						

Weiter-Prognose für Freitag, den 17. Juli 1903. Warm und dickes Wetter bei schwachen südlichen Winden und etwas Regen zu erwarten.

Briefkasten der Redaktion. Nachschub Bern. Anonyme Anfragen pflegen wir nicht zu beantworten. Wir sind auch nicht in der Lage, Ihre Anfrage zu beantworten.

Juristischer Tell.
 U. D. 114. 1. Ja. 2. Das hängt von dem und unbefangenen Sachverständigen ab. — **H. S. 1002.** Ihre Fragen sind ohne mündliche Rücksprache und Einsicht in das Dokument nicht zu beantworten. Besuchen Sie die juristische Sprechstunde. — **C. G.** 1. und 2. Nein. — **H. R. I. D.** Durch Spiel oder Wette wird — staatlich genehmigte Lotterien- und Auspielverträge ausgenommen — eine Verbindlichkeit nicht begründet. Das auf Grund des Spiels oder der Wette Gezahlte kann aber nicht zurückgefordert werden. Zu Spielwetten hingehörende Darlehen sind im Gegenzug zum

altbreuchlichen Recht als Nagbar zu erachten. — **H. Schnaase.** Die Ausübungsgelder, die einige Kirchengemeinden dafür fordern, daß der Verstorbene nicht auf ihrem Kirchhof beigesetzt ist, sondern auf dem Gemeinde-Friedhof, ist eine viel umstrittene Frage. Zahlen Sie nicht. — **H. C. 2.** Innerbüchliche Körperfehler. — **J. Sahn.** Nein. — **W. D. Vris.** Ja. — **Berlin O.** Anwaltsgebühren verjähren in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind. — **H. R. 5.** Die Sachen Ihrer Ehefrau haften für Ihre Schulden nicht. — **C. W.** Verjährung liegt nicht vor. Das gezahlt ist, hat der Schuldner zu beweisen. — **Bormund.**

1. Auf Grund des allen vollstreckbaren Vergleiches können Sie wiederholt, ohne Klage, vollstrecken lassen. 2. Ja. — **J. G. 88.** Gute. Sie leben außer Gütergemeinschaft, können aber zur größeren Sicherheit für Ihre künftige Frau einen Ehevertrag der Art errichten, wie er auf S. 245 Nr. 23 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers entworfen ist. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Gomburg.** 1. Nach Ihrer Schilderung hat der Wirt verpätet gekündigt. Das müssen Sie aber dem Wirt mitteilen. 2. Krankheit, bevorstehende Entbindung usw. berechtigt keineswegs zum Weiterwohnen. 3. Nein. — **W. W. 1000.** Ist nicht verständlich.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Freitag, den 17. Juli.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Voccaccio. Westen. Alt-Heidelberg.
 Anfang 8 Uhr:
Berliner. Der Barbier von Sevilla.
Thalia. Das Alter.
Velle-Alliance. Die Schminke, oder: Nita aus dem Orient.
Carl Weick. Das Geheimnis des roten Hauses.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Reichshallen. Gasspiel von Winter-Tymian.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
 Von der Zugspitze zum Watzmann.
 Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter Straße 132.
 Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonntagmorgens 3 Uhr, Parfett 60 Pf.: **Der Sättelbinder.**
 Im Garten: Große Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Metropol-Theater.
 Der größte Erfolg dieser Saison!
 Zum 157. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
 Dramatische Revue in 5 Bildern.
 Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
 Wiederauftreten von Robert Steidl.
 Täglich: **Die Liebes-Insel**
 mit dem sensationellen Post-Ballett.
George Osranis Burleske-Pantomime.
 Der Kosmogon: Neue Serie.

Reichshallen.
 Heute und folgende Tage:
 Kurzes Gasspiel d. berühmten Winter-Tymian mit sein aus 16 Herren bestehenden Gesellschaft.
 Ganz neues originelles Programm.
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Sonnabend, 1. August: Wiederbeginn der Solos der Stettiner Sänger.

Sanssouci.
 Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
 Anfang: Sonntags 8 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
 Wochenentags: 8 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
 Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Solos: Tanz.

Schweizer-Garten.
 am Königsfor, am Friedrichshain.
 Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung.**
Ball und Volksbelustigungen.
 Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 Zum erstenmal in Berlin:
Die lebende Mühle.
 Sensationsgymnastik der Familie Szemanovicz.
 Abends 10 Uhr: **Die neue Firma.**
 Kaschattungsposse in 2 Akten in 2 Bildern.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
 Tägl. im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**
 Ely Deliasey, Eugon Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Detmar u. Margarit, Rud. Schaap.
 Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Urania.
 Taubenstrasse 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
 Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum
 Friedrichstr. 165.
Neu!! Die zusammen-gewachsenen **Neu!!** Zwillingsschwester **Bladscheck,**
 20 Jahre alt; dieselben spielen Geige u. Xylophon; sehr sympathische Erscheinungen.
Peter I. — Leo XIII.
 König Alexander, Königin Draga.

Passage-Theater.
 Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Lina Goltz
 Vortragskünstlerin.
Die Tritons,
 Taucher u. Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser.
 Ganz Berlin zerbricht sich schon den sechsten Monat den Kopf über **AGA!**

Bernhard Rose-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Täglich: **Vollständig neues Programm.**
 Revität! Revität!
Verbotene Wege.
 Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller.
 Anfang 4 Uhr.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
 8 1/2 Uhr:
Das Geheimnis der alten Mamsell.
 Vorher:
Hofmeister in tausend Aengsten.
 Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.
 Bei schlechtem Wetter: **Vorstellung im Saale.**

Prater-Theater
 Kastanien-Allee 7-9.
 Direktion: M. Kalbo.
 Täglich: **Das Bild der Mutter.**
 Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
 Konzert und Ball. Außerdem das neue **Juli-Attraktions-Programm.**
 U. a.: **Georgette Langhe, Eccentric-Chansonette.** **Rosieps, kom. Jongleur.** **Relampagos, Akrobaten.** **Schröder u. Doster ????** **Wassentreiche.**
 große Pantomime der Gollis-Truppe.
 Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. 10 Pf.

Gossmanns Konzert-Garten,
 SW., Kreuzbergstr. 48, a. d. Rathhshstr.
 Freitags:
Norddeutsche Sänger.
 Sonntag:
Hamburger Sänger.
 Bei ungünstiger Witter. i. Saale.
 Nachher: **Kränzen.**

Fröhels Allerlei-Theater
 früher Pahlmann.
 Schönhauser Allee 148.
 Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
 Heute sowie täglich:
Großer Erfolg
 des völlig neuen riesigen **Riesen-Juli-Spielplans**
 mit **Dugo Schulz** **Leocadis** **The Firm** **Rosée** **Gübele-Truppe** **Frederik.**
 Dazu: Das bis jetzt unerreichte **Volksstück in drei Akten**
Licht und Schatten
 mit Arthur Müller vom Thalia-Theater als Gast.
 Im Saale: **Grosser Ball.**
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppel-Konzert
 Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Jeden Tag:
Konzert
 des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
 Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Saal: **Tanz.**

Diez' Spezialitäten-Theater
 Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
 Täglich das unerreichte **Rieson-Juli-Programm!**
 Gebr. Bollong, Senard & Berend, Mstr. Tertois, Elsa & Paul, Jescheck, Duskes Bioskop etc.
 Sonnabend, Sonntag u. Montag: **Tanz.**
 Anf. 8 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Ostbahn-Park.
 Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
 Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit zur Kenntnis, daß ich das **Lokal Kaufherplatz 18** täglich übernommen habe. 21142
 Um gefälligen Zutritt ersucht **Oskar Sprenger.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Kopfläuse **„Puffi“**
 schneidet Brut verschwinden sofort
 Unschädlich. Erfolg überraschend.
 In Drogerien 50 Pfg.

Tuchstoffe
 Paletotstoffe — Cheviots, Reste **spottbillig**
Molkenmarkt 12-13, Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

Max Kliem's Sommer-Theater
 Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: **Paul Milbits.**
 Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
 2 hochelegante Regalbahnen, Harfeibuden, Konditorei, Blumenstand etc.
 In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
 „Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
 Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
 Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
 Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
 Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Ella-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
 Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
 Kaffeeküche. — Volksbelustigungen aller Art.

Zur Feier des Wahlsieges
 Sonnabend, den 18. Juli 1903:
Grosses Sommer-Fest
 veranstaltet vom **Socialdemokratischen Wahlverein Rixdorf**
 in der „Neuen Welt“, Rosenheide 108/114.
Konzert, Specialitäten, Feuerwerk, Fackelzug. Im Riesensaal **Großer Ball.**
 Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
 Entree 25 Pf. Kinder unter 14 Jahren frei. Um Lang teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt. Programm und Stocklaternen an der Kasse gratis. 232/18*
 Um zahlreichsten Besuch bittet **Der Vorstand.**

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“
 G. m. b. H.
 Telephone: Amt IV, Nr. 2831. — Berlin SO. 26, Kottbuser Ufer 44a.
 Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr:
Eröffnung
 unserer **25. Verkaufsstelle**
Kottbuser Damm 9.
 Grösste Auswahl in Kolonialwaren, Mehl, Hülsenfrüchten etc.
Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Englisch. Unterricht
 im und außer dem Hause (Einzeln oder im Circle) erteilt 19712*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstrasse 57, III

Kopfläuse **„Puffi“**
 schneidet Brut verschwinden sofort
 Unschädlich. Erfolg überraschend.
 In Drogerien 50 Pfg.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“, Gegr. 1892.
 Dienstag, den 21. Juli 1903:
Gr. Dampfer-Partie mit Musik
 nach **Woltersdorfer Schleuse, Café Ruhwald.**
 Abfahrt 8 1/2 Uhr von der Stralauer Brücke.
 Kinder-Spiele im Walde. Preisfesten. Im Saale: **Grosser Ball.**
 Bilet 1 M. Kinder bis zu 14 Jahren frei.
 Biletts sind bis Montag, den 20. Juli, bei folgenden Mitgliedern zu haben: **Süden:** Karl Maer, Hoffenerstr. 40. **Osten:** Karl Graf, Petersburgerstrasse 14. **Norden:** Max Gurlich, Demminstr. 9. **Albin Bruns,** Bappel-Allee 7. **Südosten:** Franz Wilke, Rantewitzstr. 57, Richard Heinrich, Gureystr. 1. 200/4 **Der Vorstand.**

Max Kliem's Sommer-Theater
 Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: **Paul Milbits.**
 Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
 2 hochelegante Regalbahnen, Harfeibuden, Konditorei, Blumenstand etc.
 In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
 „Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
 Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
 Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
 Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
 Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Ella-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
 Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
 Kaffeeküche. — Volksbelustigungen aller Art.

Extra-Dampferfahrt mit Musik nach Erkner, Brodts Gesellschaftshaus a. Dameritz-See
 heute, Freitag, den 17., und Mittwoch, den 22. Juli.
 Abfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr von Station Kyffhäuser, Brandenburgischer Ufer zwischen Ballen- und Jannowitz-Brücke. Abfahrt von Erkner 8 Uhr abends. Ankunft in Berlin gegen 10 Uhr abends. 21012*
Fahrtpreis hin und zurück 50 Pf.
 Im Juli und August sind noch Sonnabende und Sonntage an Vereine zu vergeben.

Junge Gänse
 von 3.50 an, grössere 4.—
Junge Enten von 2.00 an
Fette Suppenhühner 1.50
Junge Brathühner 0.60
Junge Tauben.
Ausgeschlachtete Gänse.
Prima Gänserümpfe Stück 3.50, grosse 4.00.
Halbe Gänserümpfe Stück 1.75.
Reine Gänseleien Pfund 0.90 Pf.
Darmfett Pfund 0.50, Gänseklein 0.75 Pf.
Lebern Stück 30 Pf. 2007L
Albert Schulze, Frankfurter Allee 112.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
 Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
 Potsdamerstrasse 35, Tauentzienstr. 7a
 a. d. Bülowstrasse, Benfelfstr. 18
 Belle-Alliancestr. 107, Drantenstr. 31
 Reinholdsdorferstr. 20, Brunnenstr. 92
 Frankfurterstr. 115
 8, 12, 15-90 M.
 Fertige **Betten** und **Metall-Bettstellen**
 für Kinder und Erwachsene.
 10, 15, 21-75 M.
Teilzahlung
 gefaltet.
 Bei größeren Raten **Kassapreise.**
 Liefer. des Post-Spar- u. Vorspar-Vereins

Freibank für den Gemeinde-Bezirk Berlin.
 Die Eröffnung der Freibank-Verkaufsstellen in der **Wielestr. 49** und **Görlitzerstr. 70** findet am **127/5**
Montag, den 20. Juli 1903 statt.
Verkaufszeit wochentäglich von 8-12 Uhr vormittags und 3-8 Uhr nachmittags.

Zweiter Wahlkreis.

Freitag, den 17. Juli 1903, abends 8 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/8:

Große öffentl. Versammlung

1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Hermann Schubert: „Die Schule im Dienste gegen die Freiheit.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 210/14* Reicht zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Bezirks-Versammlung für Moabit

am Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Popenhofer-Brauerei, Abteilung Moabit, Thurmpfaffe 25-26, (kleiner Saal). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Vermuth über: „Die Gewerkschaften und unsere politische Machtenhaltung.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des Bezirksleiters, des Schriftführers und der Berichtsammler. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!

Montag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal I:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet Die Branchenkommission.

Achtung! Jalousie-Arbeiter, Achtung!

Einsetzer und Parkettleger! Montag, den 20. Juli:

Dampferpartie nach Hessianwinkel.

Abfahrt morgens 7 Uhr von der Stralauerbrücke. Die Billets sind bei den Vertrauensleuten zu haben.

Die Zahlstelle Rummelsburg befindet sich von Sonnabend, den 19. Juli ab, bei Thöns (früher Krause), Kant- und Goethestraßen-Ecke.

Central-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasierbericht vom zweiten Quartal. 2. Wird unser Tarif überall anerkannt? 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung einer Bibliothek in der Filiale? 4. Verschiedenes. NB. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin G., Dragonerstr. 15, Hof par. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend in den Industrie-Festsälen (früher Cohn), Deuthstraße Nr. 19-20. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Die Einigungsfrage unter den deutschen Zimmerer-Organisationen. Referent: Kamerad Theodor Fischer. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Zur besonderen Beachtung! Da in letzter Zeit von einer Anzahl Arbeitgeber häufig Ueberstundenarbeit verlangt wird, machen wir darauf aufmerksam, daß Ueberstunden nur in ganz dringenden Fällen gemacht werden dürfen und die neunständige Arbeitszeit eingehalten werden muß. Wo dies nicht der Fall ist, geschieht eine Umgehung des Vertrages und muß sofort Meldung an unser Bureau gemacht werden, damit durch die Arbeitgeber-Kommission Abhilfe geschaffen wird. Der Vorstand. N. N.: Wilhelm Schäfer.

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonntag, den 19. Juli, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Kasierbericht. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Ortsverwaltung Charlottenburg. Sonntag, 19. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Hagen, Bismarckstr. 50: Versammlung. Tages-Ordnung: Organisationsfrage. Verschiedenes. Der Vorstand.

Fachverein der Bretterträger, sowie Brettschneider Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. Juli 1903: Mitglieder-Versammlung im Königl. Kasino, Holzmarktstraße 72. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. 19/11 Büllets zum Stiftungsfest werden ausgegeben! Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen! Der Vorstand.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.) Sonntag, den 26. Juli 1903, vormittags Punkt 10 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung bei Hofmann, Alexanderstraße 27c. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal 1903 sowie Revisionbericht. 2. Renditerung des Etats. 3. Wahl sämtlicher Hilfskassierer. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. N.: H. Weite. Der Aufsicht. G. Dorfert.

Westend-Charlottenburg.

„Zur Roßtrappe“, Spandauer Berg. Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee. Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz. Kaffeefache ist von 2 Uhr ab geöffnet. Es ladet ergebenst ein Karl Klunne.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 7 Uhr nach Zernsdorf. Zahlreiche Beteiligung. Sonntag 1/2 Uhr nach Karolinenhof. Beide Start: Schließliche Brüche. 12/19

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Hand- und gewerbli. Hilfsarbeiter

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 19. Juli 1903, vormittags 10 Uhr, Langestraße 65: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1903. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Zahlung am 18. Juli fällt aus; Beiträge und neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Der Vorstand.

Blutarme, Schwächliche und Genesende trinken

Santa Rosa feurig süßes Rotwein a Fl. 1,40 u. 1,90 Mk. oder 2069L* oder 3069L* Afrikanischer Blutwein kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk. Künftig in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von Hermann Meyer & Co., Watterstraße 11/12.

Honig! Unverfälscht. Deutscher

perf. die 10 Pfundboje zu 7,00 Mk., 5 Pf. 4,30 Mk. franco. Garant. Rücknahme. E. Reil, Nordloh, Bahnhof Angulistein, Oldembg.* Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenheilkunde. Seydelstr. 9. 7,12-1/3, 1/6-1/8, Sonn. 9-11.

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden

in den Anzeigenteilen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororts bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Seckellokal veräußert. Röhrenstadt, Ruppinerstraße 41. +107* Grundst. herrlich am Wald. Vorort, gleich drei Baustellen. 1500 Marf, 500 Marf Anzahlung verkauft. Pöders, Pöppelstr. 26. 20065* Bahnhof Widau, bei Henniken, Hochlehme, Schwarzloshof, Gd. höher, hochgelegene prachvolle Baustellen, 11 20 Marf, ohne Anzahlung, nur 10 Jahre leih. Vermittler erhalten 20 Marf. W. H. Bräune, Dorndorf, Gd. höher, Hochlehme; Kantmann Carl, Prinzessinnenstraße 19. 17018* Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37* Herrenanzüge, Sommeranzüge, zweifachgelegt, aus feinsten Materialien 20-35, Reißleider 8-12 Marf. Verkauf täglich, auch Samstags. Deutsches Warenhaus Jägerstraße 65, 1 Treppen. Nach die Sommeranzüge sind am besten und billigsten bei Schilling, Turmstraße 85. 17428* Weiche Herrenhüte, gute Qualität. Stadt 65 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gullberg, Comptoir Kaiserstraße 35A, früher Gornitzstraße 4 und 5. Samstags geöffnet.* Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gd. höher Marf 4, Bahnhof Ecke. 93/2* Sportbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Wäsche, Anzüge, Remontierarbeiten, Uhrreparatur, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder. Reichhaltiger Versandstrahe 6. Teilszahlungen gestattet.* Steppdecken, sportbillig, fabric Weinstraße 20. +97* Möbel auf Teilzahlung, auch ohne Anzahlung ganze Wohnungs- Einrichtungen liefert die Möbelfabrik A. Krause, Schützenstraße 72 (Reinhabergasse). 16989* Pianino, Singermaschine, Sofa, Chauffeuse, Kinderwagen sofort billig veräußert Reichenderstraße 182, Raden. 10/20*

Ringschiffchen. Bobbin, Schnell-

näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. +97* Starter Federwagen für Obsthandel, auch Holzgeschäft passend, verkauft billig Frankfurterstraße 21, Lokal. +67* Wapageien aller Arten auch Land, billig. Restaurant Vogelwirt, Rommandantenstraße 52. 11/6* Lauge zu verkaufen. Kiehlstraße 2, II. Aufgang. Arsch. +16* Tabaklos Fahrrad billig zu verkaufen. Bäcker, Glogauerstraße 28. +107* Fahrräder, Teilszahlungen, 125 Marf, Invalidenstraße 148, Schleierstraße 40. 17688* Restaurant zu verkaufen. Käheres Weißfleisch 31 bei Hagedorn. 25196* Restaurant, nachweislich gut, 1200 Plätze, sofort veräußert. Auskünfte Habermann, Peterburgerstraße 45. +45* Varietelokal sofort zu verkaufen. Zu erfragen Klagburgerstraße 7, Tischlermeister Rane. 25125* Schaufwirtschaft mit Vorgarten, 2000 Marf, Saugengrund, Miete 1000 Marf, eventuell hilft Brauerei mit 1000 Marf. Zu erfragen Frankfurter Chaussee 125, im Willagegeschäft. +145* Gd. wirtsch. mit Vorgarten zu verkaufen. Preis 4000, Miete 4000, anstehende Wohnung. Zu erfragen Hartmann, Proskauerstraße 44. +45* Gd. wirtsch. fremdverwalter sofort zu verkaufen. Kamp, Weidort, Stelmestraße 126. +131* Barbiergeschäft, Laden, billige Miete, 18 Jahre bestehend, sichere Einnahme, für Adventpreis sofort zu übernehmen. Zu erfragen bei Webers, Blumenhofstraße 40, Restauration. +145* Blättergeschäft, gute Einnahme, Umstände halber billig zu verkaufen. Hofmann, Radbafstraße 24. +143

Unfallfassen. Rechtsbureau

Steglitzerstraße fünfundsiebzig. 17896* Rechtsbureau Peiß, Brannenstraße 97. 17555* Rechtsbureau. Langjährige Erfolge. Grüber Weg vierundzwanzig (Hindenburgplatz), Gerichtsbestand, Einnahmengen, Materialien. 25785* Zahnärztliche, ohne Anzahlung, ab sofort schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantieren. Zahn 1,00. Zahnärztlicher Dienst, Ammenstraße 26, gegenüber Zalia-Lesaler.* Betten reinigt täglich. Preis nur 3 Marf. Reihof, Alte Zulostraße 57. +107* Fahrradgeschäft, auch defekt, Kahlhof, Schönhauser Allee 163a. 91/1* Schneider-Zugabfälle kauft Pandern, Alte Zulostraße 1. 25895* Empfehle allen Genossen meine 40-80-500 Personen lassenden Festsäle mit Bühne und Garten zur gelegigen Benutzung. Weißblech ohne Holzerfüllung. Vorzügliche Küche, solide Preise. Inq. Bille, Brunnstraße 188, dicht am Rosenhäger Thor, Amt III, 6325. 17048* Vereinszimmer. Hier, Alte Zulostraße 119. 17554* Vereinszimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbräu. Franke Bornhorststraße 8. +45* Rechtsbureau. Prozeßbestand, Eingabengelder, Kostentellung, Haft, Brunnstraße 112. 29245* Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Stahlgold, Rehgold läuft Prob. Brongelstraße 4. 11/2* Lindemann, Konservatorium, Brandenburgerstraße 6. 26189* Fahrräder-Verleihung Große Frankfurterstraße 14, Rämmerell.* Fahrrad-Reparatur, Fahrräder-Zugabfälle am billigsten Große Frankfurterstraße 14, Rämmerell.*

Wohnungen.

Mühlentstraße 8, nahe Barthshauerbrücke und Oberbaum, sind vom 1. Oktober freundliche Hofwohnungen billig zu vermieten. Näheres darüber beim Vermittler. 17578* Kleinwohnungen, herrliche, sofort billig! Hellerstraße 15 (Osten). +107* Rigdori, Kaiser Friedrichstraße 86, Ecke Treptowerstraße, Wohnungen 3, 2, 1 Zimmer und Zubehör, Stallungen, Logierzimmer preiswert zu vermieten. Näheres darüber. 17148* Rahmenmacher verlangt. Dittmann, Reanderstraße 4. 26295* Tüchtigen Schloßer auf Eisenkonstruktion verlangt. Otto Radtkauf, Holmannstraße 32. 29275* Ornamentmaler, Kotte, verlangt. Festig, Charlottenburg, Krummerstraße 43. +133* Schloßergehülfe, tüchtige. Kolonnenführer, verlangt. Josef A. Dünne, Charlottenburg, Schillerstraße 97. +145* Korbmacher auf Kohlenteden verlangt. O. Reißer, Zellenerstraße 46. +145* Tischler für Möbelhandlung, Schönhauser Allee 101/102. Gd. höher. +145* Blumenbinder, Borchardt-Steppdecken, Zulammenehemmen verlangt. Bernacchini, Oeffenburgerstraße 86. +145* Wamell auf Kasselet verlangt. Rieve, Oberstraße 9. +46* Schirmhütterinnen, aber nur solche, die gute und saubere Arbeit pünktlich liefern, finden außer dem Hause dauernde Beschäftigung bei Remaf u. Silber, Krausenstraße 39.* Schirmhüterin für Arbeiten im Hause gesucht von Remaf u. Silber, Krausenstraße 39. 25048* Geraden, große Wohnung, Keller, Treppen, Badezimmer; auch kleiner Laden, Wohnung, große Kellereien, zu allem vermiebar. Poststraße 1 beim Wirt. 459*

Plätterin, tüchtige, verlangt

Baumhuldenweg, Ernststraße 8. Jahresgehälter. 7114*

Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck herbeigehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Kürschner!

Zu den 60 bewilligten Firmen kommen folgende 4 hinzu, so daß jetzt 675 Arbeiter und Arbeiterinnen zu unseren Forderungen beschäftigt werden: Pelzbranche: M. Schlinske, Friedbergerstr. 17. E. Oertel, Rosenstr. 1. O. Claus, Fischerstraße 12. Mägenbranche: M. Chelm, Finkenwälderstr. 23. Nicht bewilligt haben und infolgedessen gesperrt sind folgende Firmen: Pelzbranche: E. Naumann, Reumalmstr. 26. A. Dell, Reumalmstr. 5. W. Raincke, Neue Friedenstr. 9/10. Jacob & Landsberger, Niedermühlstr. 10. Wollmann & Co., Spillmarkt 11. A. Stillner, Jägerstr. 25. D. Lewin jun., Neue Friedenstr. 59. F. Gierke, Goldbammerstr. 111. J. Geisler, Alexanderstr. 8a. Kirmse & Baur, Westfälischestr. 27a. Mägenbranche: Jallinek, Blumenstr. 79. W. Nix, Baumstr. 41a. J. Heilbrunn, Neue Friedenstr. 10. J. Kröll, Reichenstr. 33. Pflüger, Reichenstr. 33. Peitzner, Reichenstr. 8. Peitzner, Reichenstr. 7. Wir erziehen die Kolleginnen und Kollegen dringend, nur durch unsere Arbeitsnachweise (Reifenstr. 29) Arbeit nachzusuchen. Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. 1027* N. N.: Grindel, Poststraße.